Preis 1,50 DM

1 H 3752 D

Roter Morgen

Zeitung der KPD

20. Jahrgang

13. Juni 1986

RM

Nummer 15

Mit aller Gewalt gegen den Ausstieg

von JÜRGEN TOBEGEN

Rund 130000 Menschen demonstrierten am 7. Juni in Brokdorf, Wackersdorf, Hamm-Uentrop und Würzburg für den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie. Die größte, zugleich von staatlicher Gewalt massiv attackierte Demonstration fand in Brokdorf statt. Rund 40000 Menschen kamen bis zur AKW-Festung, während etwa genau so viele Demonstranten in den Polizeisperren oder im Verkehrschaos steckenblieben.

Zunächst deutete wenig darauf hin, daß die Staatsgewalt in Brokdorf die Konfrontation suchen würde. Das sonst übliche Demo-Verbot blieb aus, die Wilster Marsch war mit Bus oder Pkw bis auf zwei Kilometer vor dem AKW befahrbar. Auch die „Chaoten-Hysterie" der Springer-Presse hielt sich in Grenzen. Für Wackersdorf hingegen mußte nach den Pfingstereignissen, nach dem Verbot der Demo, damit gerechnet werden, daß die militante Strauß-Linie erneut blutige Köpfe fordern wird.

Heute wissen wir, daß Tschernobyl kein Nachdenken, nicht einmal eine Sensibilisierung in den Innenministerien von Bund und Ländern bewirkt hat. Der Einstieg in die Atomenergie ist mit Gewalt durchgesetzt worden. Die gleiche staatliche Gewalt wird jetzt aufgeboten, um den sofortigen Ausstieg zu verhindern. Die harte Linie gegen die Anti-AKW-Bewegung war und ist keine CSU-Besonderheit. Die Massenfestnahmen im SPD-regierten Hamburg am Sonntag nach der Brokdorf-Demo rufen eher Erinnerungen an Chile als an Nürnberg hervor.

Es klingt makaber, von einem Recht auf Demonstration zu sprechen, wenn Tausende in Polizeisperren festgehalten und kontrolliert werden, wenn Autos der Demonstranten von der Polizei zerstört werden und Zigtausende durch CN- und CS-Gas in panischer Angst auseinandergetrieben werden. Der abgelutschte Vorwand der Polizei — sie wolle Gewalttaten verhindern, „potentielle Gewalttäter" von den Gewaltfreien isolieren — ist nicht nur lächerlich, weil in Wackersdorf, Brokdorf, Kleve und Hamburg eben dieser Polizeieinsatz erst zur Eskalation der Gewalt führte. Er ist es auch deshalb, weil die Polizeistrategie in Wackersdorf und Brokdorf darauf abzielte, durch ungehemmten und willkürlichen Einsatz von Giftgasen, die Demonstranten insgesamt in Angst und Panik zu versetzen.

Was sind schon einige Mollis, Stahlkugeln, Steine, Sägen oder Bolzenschneider, gegen eine AKW-Festung aus Stahl und Beton, gegen Wasserwerfer, Panzerfahrzeuge, Hubschrauber, Giftgase und prügelnde Sondereinsatzkommandos? Die „Gewalt" am Bauzaun von Brokdorf trug am 7. Juni eher tragisch-komische Züge.

Unabhängig davon, wie jemand zur Politik und Strategie der Autonomen steht, die heute mehr als zuvor in der Sackgasse der Isolation und staatlichen Kriminalisierung steckt: Es schadet dem Kampf für die sofortige Stillegung aller Atomanlagen, sich in den Chor der Distanzierer einzureihen. Vergessen wir nicht, daß zur Durchsetzung des Atomprogramms, Polizei und BGS immer perfekter ausgerüstet, das Demonstrationsrecht Stück für Stück weiter außer Kraft gesetzt wurde. Keine andere Absicht wird auch heute verfolgt, wenn wieder einmal die Hetze gegen die „Chaoten" und „Gewalttäter" losbricht.



Tränengasopfer in Wackersdorf

Der 7. Juni war kein „schwarzer Tag der Anti-AKW-Bewegung", wie die taz voreilig kommentierte. Sicherlich fehlt nach diesem Wochenende das ungeteilte Erfolgserlebnis. Es ist bei vielen durch Haß, Wut, Frustration oder Enttäuschung verdrängt, je nach dem, wo mensch in der Wilster Marsch oder im Taxölder Forst steckenblieb. Auch wenn die erwarteten 100000 nicht nach Brokdorf kamen, es waren viele Menschen zum ersten mal auf einer Demo dabei.

Die Forderung nach dem sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie findet heute Unterstützung bei Hunderttausenden, doch es fehlt eine politische Strategie zur Durchsetzung dieser Forderung. Eine Neuauflage der Großdemonstration an den AKWs wird dazu nicht ausreichend sein. — Die bundesweite Anti-AKW-Konferenz am 28./29. Juni wird zur Entwicklung dieser Strategie einen Beitrag leisten müssen.

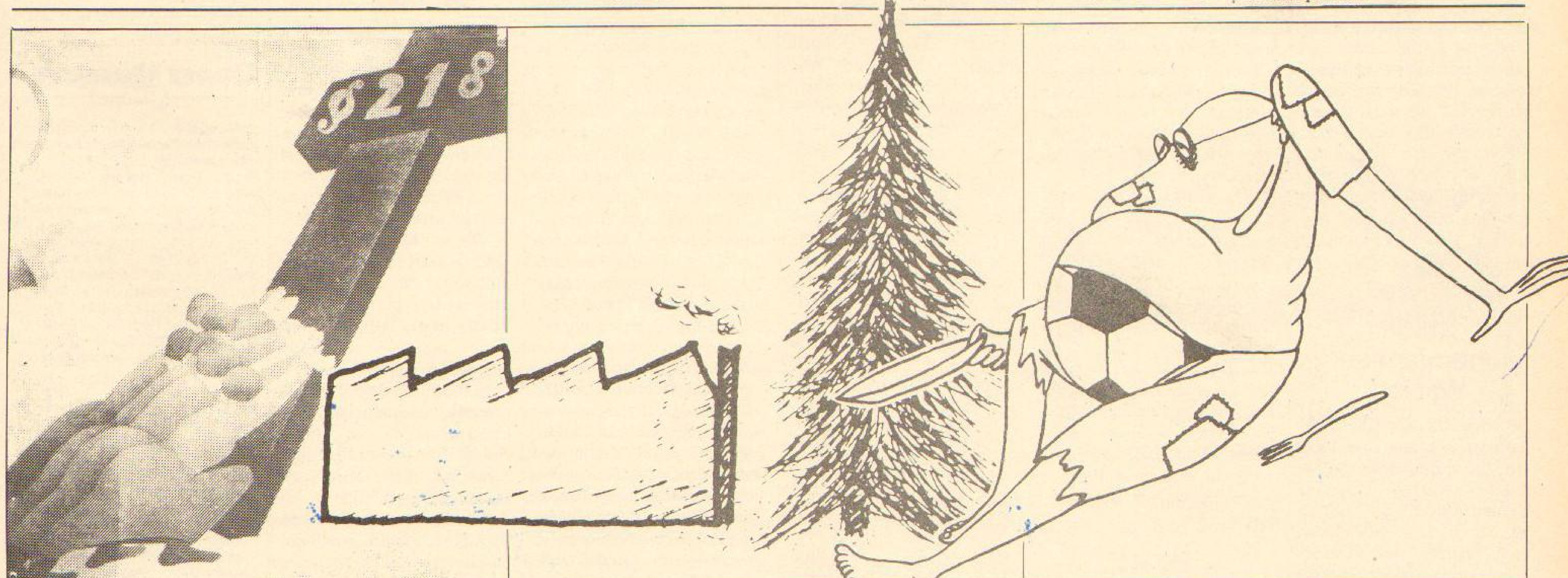
Strahlende Sieger?

von KARIN WAGNER

Russische Strahlen haben es möglich gemacht: Zum ersten Mal hat Bonn einen Umweltminister und eine Ministerin, die nicht nur für die Familie, sondern seit neuestem auch für Frauenfragen zuständig ist. Wallmann und Süssmuth bereitete es sichtlich keinerlei Kopfzerbrechen, daß sie ihren Machtzuwachs, genau betrachtet, dem Kreml zu verdanken haben. Zum ersten Mal nach langer Zeit sah man in Bonn mal wieder zwei strahlende Gesichter.

Ob die Freude lange währt, ist allerdings fraglich. Auch Wallmann mag sich nicht allein auf eine strahlende Zukunft als Atomminister in Bonn verlassen. Warum sonst will er erneut für das Amt des Ministerpräsidenten in Hessen kandidieren?

Der Wahlsonntag in Niedersachsen wird erste Hinweise darauf geben, ob die Kohl'sche Notlösung aufgeht, ob die Menschen bereit sind, einen Minister für Reaktorsicherheit anstelle der Sicherheit vor den lebensgefährlichen Reaktoren zu akzeptieren.



§218: 10 Jahre reformierter Abtreibungsparagraph. Bilanz von Auseinandersetzungen und Erfahrungen. Karin Wagner über eine ungeliebte Reform **— Seite 10. UMBAU:** Der grüne Programmentwurf „Umbau der Industriegesellschaft" — ein realistisches Konzept für eine antikapitalistische Strategie oder Vorbereitung auf ein grünes Bad Godesberg? Thema auf den **Seiten 8 und 9. MEXIKO 86:** „Wir wollen keine Tore — wir brauchen Bohnen" — Jutta schreibt über Armut im Land der Fußball-WM. Immerhin: um Fußball geht's auch **— Seite 7.**

Gegen Unvereinbarkeit

In der Lübecker Vertreterversammlung der IG Metall wurde einstimmig beschlossen: „Der Gewerkschaftstag der IG Metall möge beschließen, daß der sogenannte ,Unvereinbarkeitsbeschluß' aufgehoben wird. Der Gewerkschaftstag stellt fest, daß die Abwehr gewerkschaftsfeindlicher stellt fest, daß die Abwehr gewerkschaftsfeindlicher Aktivitäten ausreichend durch schluß, vom Vertrauenskörper Sintermetallwerk beantragt, ist sicherlich Ergebnis der nun inzwischen jahrelangen Auseinandersetzung um die Mitgliedschaft von Törk Hansen in der IG Metall. Die konkreten Erfahrungen mit diesem Fall haben wohl diesen Stimmungsumschwung in dieser Frage bewirkt.

Weitere angenommene Anträge bezogen sich auf die Forderung nach dem gesetzlichen Verbot der Aussperrung und besonderen Initiativen der IG Metall in dieser Frage. Neben der Forderung nach dem Verbot der Nachtarbeit und einer entsprechenden Änderung der Arbeitszeitordnung, nach Maßnahmen zur Einschränkung der Schichtarbeit, wurde auf dieser Vertreterversammlung ein Antrag zur Stillegung von Atomkraftwerken und der Vernichtung von Kernwaffen, der von der Ortsverwaltung eingebracht worden war, heftig diskutiert. Dabei ging es vor allem darum, ob eine **kurzfristige** Stillegung aller Atomkraftwerke gefordert werden solle oder nicht. Mit Mehrheit wurde die Forderung nach kurzfristiger Stillegung beschlossen, wobei dieses positive Ergebnis allerdings dadurch erheblich geschmälert wird, daß dies nicht als Forderung an die Bundesregierung gerichtet wird, sondern an die „Gewerkschaften in aller Welt", die sich dafür einsetzen sollen.

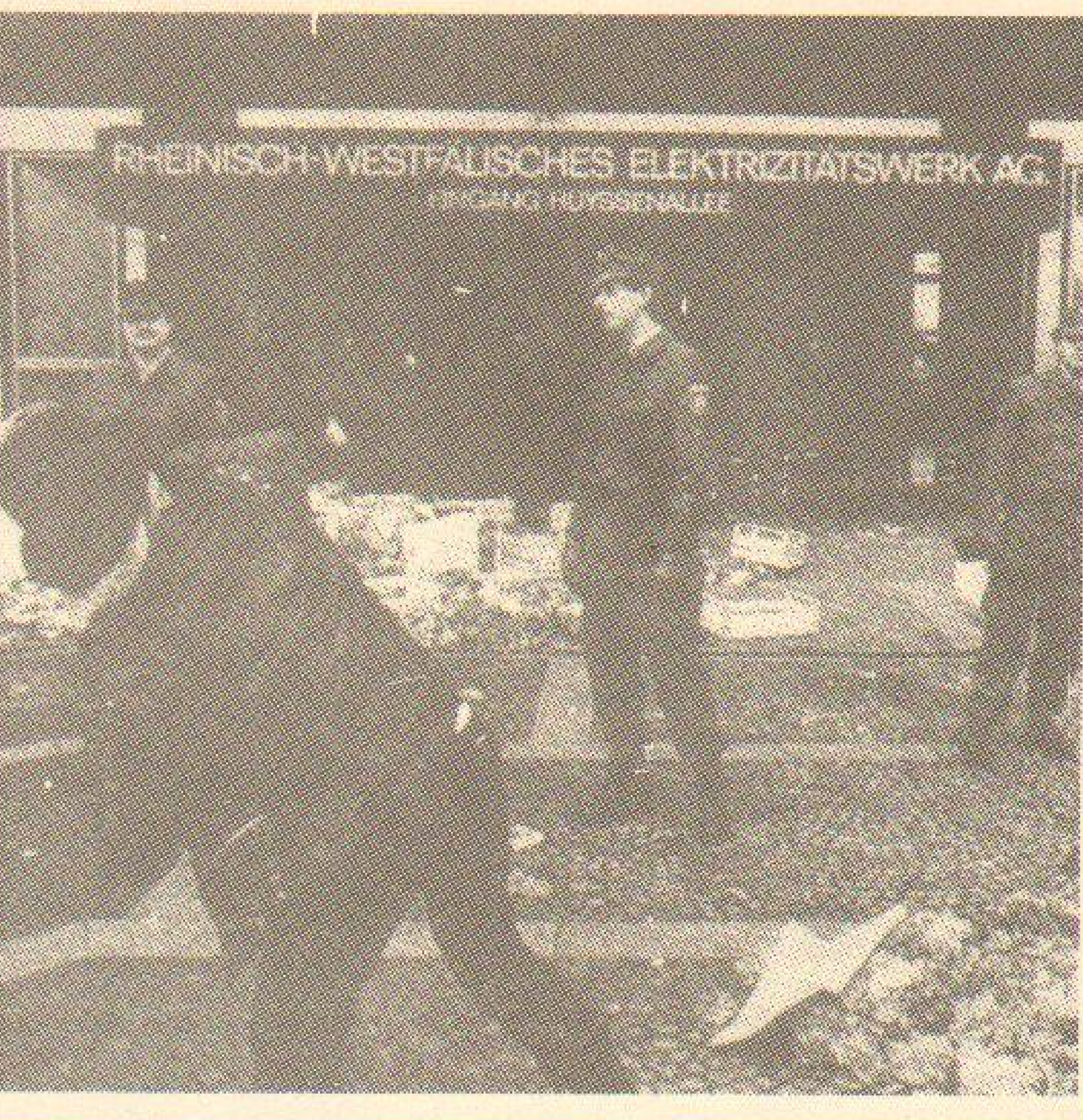
Abgelehnt wurde in einem Antrag zur 35-Stunden-Woche die ausdrückliche Festlegung, daß die IG Metall in der nächsten Tarifrunde für das Ziel des Sieben-Stunden-Tags eintreten soll, was insofern bemerkenswert ist, als in der letzten Tarifrunde dies in Lübeck, wie im Norden überhaupt, noch sehr massiv vertreten wurde. In dem Antrag wird aber ausdrücklich eine Offensive gegen Flexibilisierung gefordert.

Keine chemischen Waffen

Die belgische Abgeordnetenkammer hat jetzt beschlossen, daß in Belgien keine chemischen Waffen stationiert werden dürfen. Ein Antrag der belgischen Sozialisten und Teilen der Christdemokraten, den Einsatz und die Stationierung generell — also auch für den Krisen- oder Kriegsfall — zu verbieten, bekam allerdings keine Mehrheit.

Daß es immerhin zu dem jetzt gefaßten Beschluß kam, liegt vor allem an den starken Protesten aus dem flämischen Teil Belgiens, wo während des 1. Weltkriegs massiv Kampfgas eingesetzt worden war.







10 Jahre nach Soweto

Am 16. Juni jährt sich zum zehnten Mal der Tag, an dem der Aufstand in Soweto von den südafrikanischen Rassisten im brutalsten Sinne des Wortes im Blut erstickt wurde.

Hunderte von Toten, in erster Linie Jugendliche und Kinder, waren Ergebnis dieses ungeheuerlichen Verbrechens. Seit jenen Tagen werden die schwarzen Townships offiziell als Feindesland betrachtet.

Der Traum, mit einem solchen Blutbad der Befreiungsbewegung der breiten Volksmassen ein Ende setzen zu können, währte nicht lange vor, der Widerstand wurde fortgesetzt. Seit nunmehr rund einem Jahr erlebt Südafrika erneut einen großen Ansturm der Menschen, die um ihre allereinfachsten Rechte kämpfen. Die Haltung der Rassisten hat sich nicht geändert und wird sich nicht ändern. Tägliche Todesopfer haben diesen Kampf bisher nicht stoppen können, sondern die Wut noch vergrößert. Trotz Terror nach innen und außen steht das Rassistenregime mit dem Rücken zur Wand. Gestützt wird diese Wand in erster Linie von Reagan, Kohl und Thatcher. Die Unterstützung (trotz unterschiedlicher politischer Beteuerungen) durch die wichtigsten imperialistischen NATO-Staaten ist heute für dieses Regime eine ganz wesentliche Quelle des Überlebens.

Daß sich die Bundesregierung weigert, die Forderung nach einem Wirtschaftsboykott zu erfüllen, hat selbstverständlich zwei Gründe: Einerseits geht es darum, einen wichtigen strategischen Verbündeten zu stützen. Zum anderen aber haben bundesdeutsche Konzerne in all diesen Jahren glänzende Geschäfte mit der Ausbeutung farbiger Arbeitskräfte unter den Bedingungen der Apartheid gemacht. Und so liest sich auch die Liste bundesdeutscher Unternehmen, die in Südafrika tätig sind, wie eine Beschreibung der wichtigsten Adressen westdeutschen Kapitals. Die Uranaktivitäten in Namibia eingeschlossen. Solche Geschäfte sollen so lang als irgend möglich fortgesetzt werden.

Deshalb ist es erst recht wichtig, die Forderung nach Wirtschaftsboykott zu vertreten. Aus Anlaß des 10. Jahrestages von Soweto haben zahlreiche Organisationen in der BRD zu einem bundesweiten, dezentralen Solidaritätstag aufgerufen mit diesem Inhalt als einem Schwerpunkt.

Die revolutionären Sozialisten sollten sich an diesem Solidaritätstag, am 16.6., beteiligen.

Politbüro der KPD

Post: „Ganz unten"

Nach Angaben der Westberliner Landesverbände der IG Metall und der Deutschen Postgewerkschaft beschäftigte die Bundespost 1985 rund 1000 privatwirtschaftliche Unternehmen mit zusammen etwa 20000 Beschäftigten im Fernmeldebereich. Damit würden 30 Prozent der anfallenden Aufträge durch solche Firmen erledigt. Zugleich würden voraussichtlich von den rund 4000 Auszubildenden im Fernmeldehandwerk bei der Post rund 2500 nach Abschluß der Lehre nicht übernommen werden.

Der Westberliner Landesvorsitzende der Postgewerkschaft Bernd Lindenau, legte Belege dafür vor, daß die in den von der Bundespost beauftragten Privatunternehmen Beschäftigten zum Teil Arbeitsbedingungen unterworfen sind, die „den Praktiken in Günter Wallraffs Buch ,Ganz unten' ähneln". In mehreren, den Gewerkschaften bekannt gewordenen Fällen sollen Arbeiter zu Stundenlöhnen „um die fünf Mark herum" beschäftigt worden sein von Unternehmern, die „nicht einmal die gewerblichen und handwerklichen Voraussetzungen dafür erfüllten".

Lindenau: „Es ist ein politischer Skandal, daß ein bundeseigenes Unternehmen so was duldet". In zwei Fällen hat die Westberliner IG Metall vor dem Amtsgericht Klage erhoben mit dem Ziel, daß die Post die Betroffenen fest anstelle.

BMW-Wahlanfechtung: Entscheidung vertagt

Am 22. Mai hätte der 6. Senat des Kasseler Bundesarbeitsgerichts über die Wahlanfechtungsklage der drei entlassenen BMW-Gewerkschafter entscheiden sollen. Aber das Urteil über die Rechtmäßigkeit der Betriebsratswahl vom April 1984 (!) wurde auf den 25.9.1986 vertagt. Bis zur Betriebsratswahl 1987 wäre es dann nur noch ein knappes halbes Jahr.

Darüber, wie das Urteil im September aussehen wird, läßt sich nur spekulieren. Einerseits ist die Wahleinmischung von BMW inzwischen längst schwarz auf weiß bewiesen und kaum bestreitbar. BMW greift deshalb zu dem juristischen Trick, die Berechtigung der BMW-Gewerkschafter zur Anfechtungsklage zu bestreiten. Laut Gesetz müssen drei Beschäftigte die Wahl anfechten. Da die drei BMW-Gewerkschafter aber unmittelbar nach der Betriebsratswahl entlassen wurden, bestreitet BMW, daß sie zum Zeitpunkt der Wahlanfechtungsklage noch „Beschäftigte" im Sinne des Gesetzes waren. Auch in dieser Frage haben mehrere vorinstanzliche Urteile den drei BMW-Gewerkschaftern Recht gegeben.

Zweifel an ein positives Urteil im September ergeben sich vor allem aus der Person des Präsidenten des 6. Senats des Bundesarbeitsgerichtes. CDU-Mitglied Waldemar Röhsler hat sich vor allem durch reaktionäre Berufsverbotsurteile hervorgetan. Er gehört zu jener Riege von Bundesrichtern, die seit der Wende über direkte Regierungsintervention durchgesetzt wurden. Blüm drückte Röhsler als Präsident des 6. Senats gegen die einstimmige Empfehlung des BAG-Präsidialrats durch.

Roter Morgen
RM

Herausgeber: ZK der Kommunistischen Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten) KPD
Verlag Roter Morgen GmbH, 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Bestellungen an Vertrieb 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Nr. 79600-461. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321000290. Verlag Roter Morgen, Tel.: 0231/433691. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Platzmann-Druck, 4600 Dortmund.
Erscheinungsweise zweiwöchentlich Freitags. Einzelpreis 1,50 DM, Abonnement: 40 DM für 1 Jahr, 20 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vora[illegible]rechnung zu zahlen. Sobald die [illegible]chnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Dem „Roten Morgen" liegt viermal im Jahr die „Gemeinsame Beilage zu den Publikationen von AAU, BWK, FAU-HD (A), FAU-R, GIM, KG (NHT), KPD, PA" bei.

Wahlgeschenk?

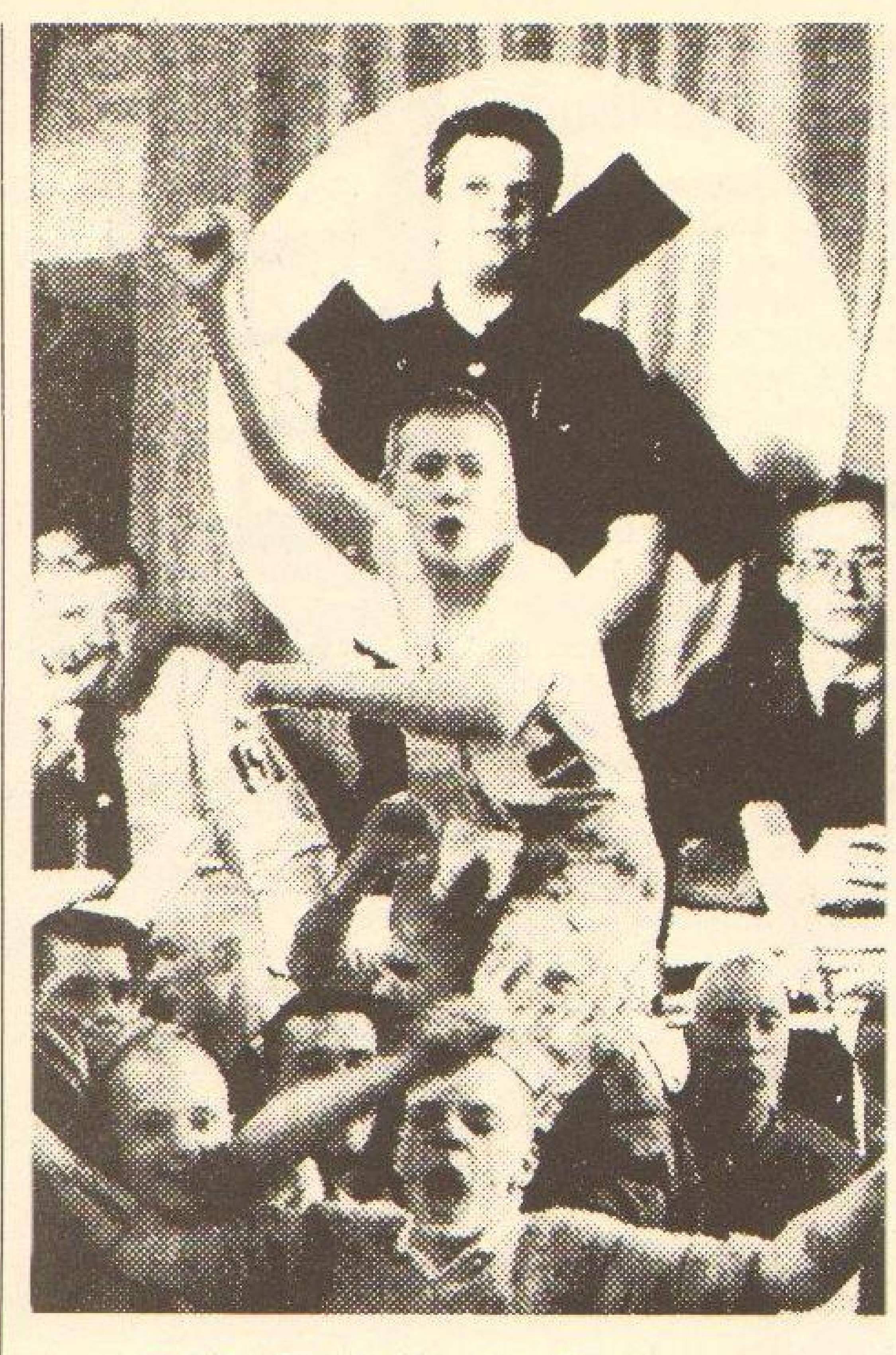
Zumindest ein Gutes scheinen der Bundestagswahlkampf und die Sorgen der Bonner Regierungsparteien über seinen Ausgang zu haben: die Regierung kann ihre skandalöse Entscheidung, ausgerechnet die Frauen, die vor 1921 geboren wurden, aus der sogenannten Babyjahr-Regelung auszunehmen nicht mehr aufrechterhalten. Nachdem bisher jede Kritik an dieser Entscheidung mit der stereotypen Erklärung, daß kein Geld da sei, abgewimmelt wurde, beriet das Kabinett am 3. Juni zum ersten Mal über eine Modifizierung des Gesetzes. Zu einer konkreten Alternative konnte man sich zwar nicht durchringen, aber immerhin.

Zu diesem Meinungsumschwung beigetragen hat sicher die Tatsache, daß das Sozialgericht Kiel die Klage von vier betroffenen Frauen inzwischen an das Bundesverfassungsgericht weitergeleitet hat, weil die geltende Regelung nach Ansicht der Kieler Richter gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz des Artikels 3 des Grundgesetzes verstößt.

Völkischer Zeitzünder

Mit einer Bürgerwehr will der Bürgermeister von Zirndorf das „Asylantenproblem" seiner Gemeinde lösen. Ein anderer bayerischer Bürgermeister, Rainer Kiewitz (CSU) aus Vilshofen, hat am 9. Mai in der „Passauer aktuellen Zeitung" vorgeschlagen, Asylbewerber in Lagern zu „konzentrieren". Originalton Kiewitz: „Integration ist gefährlich, weil sie nur falsche Hoffnungen weckt. Übertriebene Menschlichkeit schadet den Interessen des deutschen Volkes." Und: „Asylbewerber müssen an der Grenze gesammelt, ernährt und betreut werden. Dort wird die Spreu vom Weizen getrennt."

Nach welchen Kriterien die Selektion des Menschenmaterials an den deutschen Grenzen vor sich gehen soll, wer zur Konzentration in Lagern, wer zur Abschiebung und wer unter Vermeidung „übertriebener Menschlichkeit" für deutsche Interessen irgendwie benutzt werden kann, hat Kiewitz der „Passauer aktuellen Zeitung" nicht erläutert. Logisch. Schließlich wurden vor einigen Jahrzehnten die Details auch nicht dem öffentlichen Gerede preisgegeben. Was in letzter Zeit aus deutschen Provinzen — und nicht nur in Bayern — nach oben kocht, erinnert in fataler Weise daran, wie es schon einmal anfing. Dazu paßt, wie von oben, von Bonn, reagiert wird. Mit höflichem Widerspruch gegen das Nazi-Vokabular, in der Sache aber durchaus konziliant. Letztes Beispiel: Kohls Ausführungen vor dem Deutschen Landkreistag darüber, daß das Grundgesetz in Sachen Asylrecht geändert werden müsse. Wobei Kohl selbstverständlich nicht versäumte, vor der Gefahr eines möglichen Fremdenhasses zu warnen ...



FAP-Parteitag in Stuttgart

Unter massivem Polizeischutz fand in der Turnhalle Stuttgart-Sillenbuch der Parteitag der FAP statt, nachdem diese Organisation in Dillenburg und anderen Orten keine Räume erhalten hatte.

Die Verharmlosung der FAP durch die Landesregierung und die Stadtverwaltung Stuttgart hat Methode:

1. Auf Anfrage des SPD-Landtagsabgeordneten Geisel bescheinigt die Regierung Späth am 17.1.86 dem Bundesvorsitzenden der FAP Pape, das faschistische Aktionsprogramm der FAP von 1979 sei verteidigenswert und lobt ihn dafür, daß er aus taktischen Gründen einige offen terroristisch auftretende Neonazis in Baden-Württemberg aus der FAP ausgeschlossen habe. Damit wird Pape faktisch signalisiert, daß er sich im Musterländle Baden-Württemberg unbehelligt fühlen darf, wenn er seinen Kurs nach außen beibehält.

2. Im April stimmt die Stadt Stuttgart heimlich, still und leise dem Antrag Papes zu, die Sillenburger Turnhalle anzumieten.

3. In der Mai-Nummer des FAP-Blatts „Deutscher Standpunkt" revanchiert sich Pape und warnt die ANS/NA-Leute während des Parteitags in offenem Nazigehabe aufzutreten (keine Uniformen, keine Hitlergrüße etc.)

4. Am 20. Mai wird Roland Kugler, Stadtrat der Grünen in Stuttgart, von Rommels Verwaltung angelogen. Die Stadt hat der FAP angeblich keine Räume überlassen.

5. Erst aufgrund öffentlichen Drucks teilt das Amt für öffentliche Ordnung einen Tag später doch die Raumvergabe an die FAP mit.

6. Trotz zahlreicher Erklärungen und Proteste gegen dieses Vorgehen der Stadt seitens gewerkschaftlicher Organisationen, Parteien, trotz vielfacher Hinweise auf den faschistisch-terroristischen Charakter der FAP, beharrt die Stadt auf der Raumvergabe mit der wissentlichen Falschaussage, ihr seien die Hände gebunden, sie könne die Räumlichkeiten nicht verwehren. Tatsache ist, daß beispielsweise die Stadt Mannheim am gleichen Tag beschließt, der NPD für ihren nächsten Bundesparteitag keine Räume zur Verfügung zu stellen und sich dabei auf ein entsprechendes Gerichtsurteil aus Frankfurt beruft. Nun bemüht sich auch die NPD um Räumlichkeiten in Stuttgart.

Gegen das FAP-Treffen hatte sich in Stuttgart auf Initiative des Aktionskreises „Stuttgarter gegen den Neofaschismus" ein breites Bündnis gebildet. Gewerkschaftliche Organisationen, Grüne, Jusos, VVN, DKP, verschiedene antifaschistische Inis aus den umliegenden Orten, Volksfront, BWK, KPD hatten den gemeinsamen Aufruf unterschrieben.

Auch verschiedene Gruppen autonomer Antifaschisten hatten aufgerufen.

Im Aktionsbündnis hatte sich besonders die Volksfront dafür eingesetzt, daß es aufgrund verschiedener Differenzen zwischen Autonomen und VVNlern nicht zu einer Spaltung kam. So wurde einerseits die Durchführung einer ordentlichen Gegenkundgebung beschlossen, die in direkter Nähe des Versammlungsortes der Faschisten stattfand. Andererseits wurden direkte Blockadeaktionen gegen die Faschisten nicht ausgeschlossen.

Zur Gegenkundgebung und anschließenden Demonstration kamen dann trotz strömendem Regen über 800 Antifaschisten.

Um den Faschisten einen freien Einzug zu gewährleisten, wurden über 30 Antifaschisten festgenommen. Mit Anzeigen wegen schweren Landfriedensbruchs ist zu rechnen.

Die Bundesrepublik ist ein Mehrparteienstaat. Bei uns gibt es Pluralismus. Dafür danken wir Gott und den Vätern des Grundgesetzes.

Allerdings — brauchen wir nicht alle Parteien. Wir brauchen nur freiheitlich-demokratische Parteien. Sonst wären wir nicht mehr lange der freiheitlich-demokratischste Staat auf dieser Welt. Also brauchen wir nicht einfach Pluralismus, sondern Pluralismus in Freiheit. Sonst haben wir eines Tages Sozialismus statt Freiheit. Dafür, daß es soweit noch nicht gekommen ist, danken wir vor allem Franz Josef Strauß und Heiner Geißler.

Terroristen

Beide versuchen seit Jahren dem Bürger — und neuerdings auch der Bürgerin — klarzumachen, daß die Existenz der Grünen sich zwar mit dem Pluralismus, aber nicht mit dem Pluralismus der Freiheit verträgt. Neuester Beweis: Die Grünen haben Kader (!). Und als ob das nicht schlimm genug wäre, stammen diese Kader auch noch aus dem Umfeld des Terrorismus (!). Und als ob das auch nicht reichen würde, sollen diese terroristischen Kader jetzt auch noch ins Parlament oder sitzen gar schon drin. Warum? Um die Verfassungsorgane auf diese hinterhältige Art und Weise zu diskreditieren. Braucht es noch mehr Beweise für die freiheitsfeindlichen Absichten der Grünen? Braucht es noch mehr Argumente, warum es am Sonntag in Niedersachsen — Tschernobyl hin, Tschernobyl her — für wirklich freiheitsliebende Bürgerinnen und Bürger nur eine Partei zu wählen gibt?

Aus sicht nicht. Die Frage ist allein, wie man in Niedersachsen freiheitlich, christlich und demokratisch wählen soll, ohne gleichzeitig dem überführten Terroristen Ernst Albrecht die Stimme zu geben ...

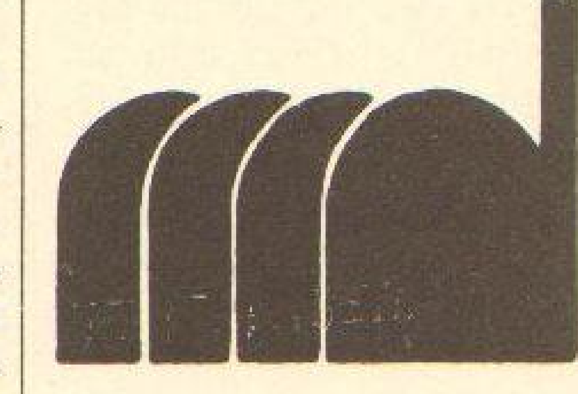
Wahlrecht

Das kommunale Wahlrecht für Ausländer, die mindestens fünf Jahre in der Bundesrepublik leben, fordert ein Antrag der IG Metall Essen an den bevorstehenden Gewerkschaftstag.

Computer hört mit

Das Bundesarbeitsgericht in Kassel hat entschieden, daß von einer Datenerfassungsanlage eines Unternehmens Daten sowohl von dienstlichen als auch privaten Telefongesprächen registriert werden dürfen. Ein Betriebsrat hatte einen entsprechenden Beschluß einer Einigungsstelle vor dem Arbeitsgericht angefochten und sich dabei auf das Bundesdatenschutzgesetz berufen. Das Bundesarbeitsgericht aber bestätigte den Einigungsstellenspruch. Nach Ansicht der Kasseler Richter liegt kein Verstoß gegen das Datenschutzgesetz vor.

Aufruf von HDW-Kollegen



41 Kolleginnen und Kollegen von HDW-Kiel haben sich in einem als Flugblatt verbreiteten Aufruf an die Belegschaft gewandt. Sie fordern: „Sofortige Stillegung aller Atomanlagen! Das AKW Brokdorf darf nicht ans Netz!" Mit dem Argument „Was nützt es denn, wenn wir hier abschalten, und in unseren Nachbarländern produzieren sie munter weiter?" setzt sich der Aufruf so auseinander:

„1. Wir leben in der Bundesrepublik Deutschland, und wir alle sind mitverantwortlich für das, was hier bei uns geschieht. Wir haben die Pflicht, dafür zu sorgen, daß wenigstens von unserem Land niemals eine radioaktive Wolke wie die von Tschernobyl ausgehen kann.

2. Wir unterstützen die Atomkraftgegner in allen Ländern. Wenn wir den Ausstieg aus der Atomenergie schaffen, sozusagen mit gutem Beispiel vorangehen, wird die Anti-AKW-Bewegung in der ganzen Welt mit Sicherheit großen Auftrieb bekommen.

Und — wir brauchen uns nicht zu schämen, wenn unsere Kinder und Enkel uns später einmal fragen werden: Was habt ihr damals gegen die Atomkraftwerke getan, damals, als für jedermann erkennbar wurde, daß die Atomkraft den Menschen, der gesamten Natur niemals wieder gutzumachende Schäden zufügen kann. Damals — nach Tschernobyl, als es noch nicht zu spät war."

SALT II

Nein: Dieses Abkommen war und ist keines, das der Sicherung des Friedens nützt. Die Kritik, die revolutionäre und fortschrittliche Organisationen und Menschen weltweit daran geübt haben, daß es sich um eine Absprache der weiteren Aufrüstung handele, bleibt gültig.

Trotzdem: Wenn jetzt die Regierung der USA (und von der Seite aus wurde der Vertrag ja nie ratifiziert) unterstreicht, sie werde sich künftig nicht an die angegebenen Obergrenzen halten, dann ist dies ein ausgesprochen demonstrativer Akt, der wenig Beispiele in der Geschichte hat. Es ist ein Akt, der demonstriert, daß da keinerlei Hemmungen in der weiteren atomaren Aufrüstung bestehen, keine Absichtserklärung für weitere Beschleunigung.

Einmal mehr beweist die Reagan-Regierung damit, welch Geistes Kind sie ist, wo ihre Absichten und Pläne liegen. Das ist nicht neu, neu daran ist nur die Schroffheit, mit der das geschieht, und die hat ihr eigenes politisches Gewicht.

Kölner Chemiegürtel soll neu strahlen

Die KPD-Betriebszeitung für Bayer-Leverkusen „Klassenkampf" berichtet in ihrer neuesten Ausgabe über eine Initiative des Geschäftsführers der IG Chemie in Köln, Hengsberger. Dieser schlug vor kurzem ein neues Projekt zur Wirtschaftsförderung vor.

In der Projektbeschreibung heißt es:

„Als Keimzelle einer neuen Komplexbildung im Kölner Raum könnte sich der Bau eines Hochtemperaturreaktors entwickeln." Und weiter: „In der sich anbahnenden Diskussion über den Reaktor läge eine wichtige Aufgabenstellung."

Selbst der „Kölner Stadtanzeiger" sah Schwierigkeiten auf den Gewerkschaftsfunktionär zukommen und resümierte:

„Hengsberger hat den Trampelpfad gewerkschaftlicher Politik verlassen und Wege einschlagen, die normalerweise von Interessenvertretern der anderen Seite begangen werden."

Dem, so folgert die KPD-Betriebszeitung in ihrem Artikel, kann nur zugestimmt werden, wobei darauf verwiesen wird, daß es größere Teile der IG Chemie sind, die den Pfad gewerkschaftlicher Politik schon des öfteren und länger verlassen haben.



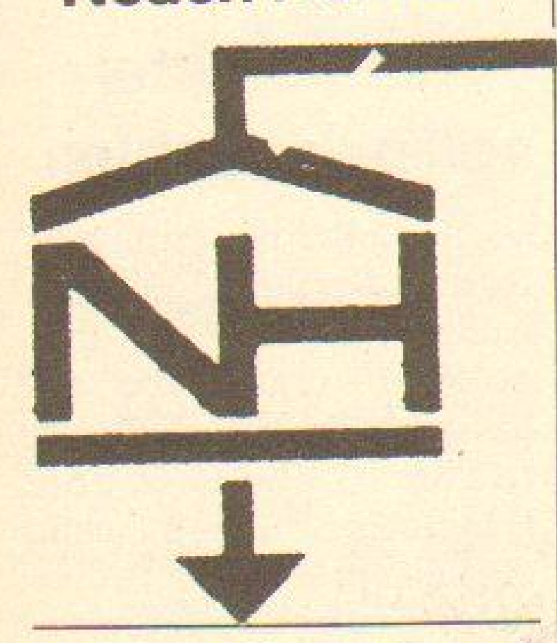
Unter dem Tarnnamen „Maximilian von Schenkendorf Gesellschaft" plante die Waffen-SS vom 29.5. - 1.6.86 in Detmold ein Treffen. Am 29.5. nahmen ca. 250 Menschen an Protestaktionen gegen das SS-Treffen teil. Am 30.5. fand eine Demonstration statt, an der sich ca. 700 Menschen beteiligten.

Der Kreistag in Lippe und der Detmolder Stadtrat hatten in Resolutionen aufgerufen, das SS-Treffen zu verhindern.

Während auf dem DGB-Bundeskongreß die Lösung der Neuen-Heimat-Krise auf dem Weg der Regionalisierung insgesamt recht optimistisch dargestellt wurde, sind die Bestrebungen der DGB-Führung, den politischen Schaden zu begrenzen, in der Praxis nicht sonderlich von Erfolg gekrönt.

• Vor allem auf der Grundlage eines am 29. Mai veröffentlichten Untersuchungsberichts der Hamburger Bürgerschaft ermittelt nun die Hamburger Staatsanwaltschaft gegen NH-Manager. In dem Bericht des Untersuchungsausschusses soll von „einstimmig festgestellten strafbaren Handlungen" die Rede sein.

Neues von der Neuen Heimat



• Ausgerechnet die nordrhein-westfälische Landesregierung hat ein empfindliches Störfeuer gegen das vom DGB verfolgte Regionalisierungskonzept eröffnet. Die NRW-Regierung verlangt, daß die Beteiligungsgesellschaft für Gemeinschaft als Eigentümerin der Neuen Heimat eine sogenannte Patronatserklärung abgibt. Die Beteiligungsgesellschaft soll garantieren, daß es zu keinem Konkurs der Neuen Heimat kommt und sich verpflichten, Forderungen von Gläubigern oder des Fiskus, die sich aus der Aberkennung der Gemeinnützigkeit ergeben könnten, zu übernehmen. Würden diese Forderungen seitens der Beteiligungsgesellschaft erfüllt, gäbe es auch keine Garantie mehr dafür, daß das Regionalisierungskonzept weitere DGB-Zahlungen vermeidet.

• Schließlich haben alle Parteien im Bundestag beschlossen, einen Untersuchungsausschuß über den gewerkschaftseigenen Wohnungsbaukonzern einzusetzen. Obwohl kein vernünftiger Zweifel daran besteht, daß die Unionsparteien und die FDP diesen Untersuchungsausschuß vor allem als Forum zu Agitation gegen den DGB und den sozialen Wohnungsbau nutzen werden, hat auch die SPD der Einsetzung des Ausschusses zugestimmt. Angesichts der auf der Hand liegenden Absichten der Reaktion wirken die von sozialdemokratischer Seite vorgetragenen Bedenken mehr als lächerlich: bis zur vorgesehenen ersten Sitzung des Ausschusses am 18. Juni will die SPD geklärt haben, daß mit der Einrichtung des NH-Untersuchungsausschusses kein „Präzedenzfall für die Durchleuchtung von Konzernen" geschaffen wird. Sorgen haben die Sozis!

HDW: Kein Lohnverzicht

„Jedes Jahr der gleiche Zirkus. HDW weigert sich, den Lohnabschluß für die Metallindustrie (4,4 Prozent, Einmalzahlung von 230 DM) auf den Programmlohn zu übernehmen. Nachdem es den Unternehmern nicht gelungen ist, für den Nordverbund und die Werften einen ‚Armenhaustarifvertrag' durchzudrücken, wollen Ahlers und Co. zumindest die HDW-Programmlöhner zum Lohnverzicht zwingen." So beginnt „Das Bollwerk", Betriebszeitung der KPD für die Arbeiter und Angestellten von HDW-Kiel, einen Artikel, in dem die volle Übernahme des Metall-Tarifabschlusses auf 100 Prozent HDW-Programmlohn gefordert wird. Angesichts der Tatsache, daß der HDW-Vorstand seit Wochen Propaganda für eine „Nullrunde" und Lohnverzicht macht, gehen die Kieler Genossen davon aus, daß Druck seitens der Belegschaft notwendig ist, um die volle Übernahme des Tarifabschlusses auf den Programmlohn durchzusetzen. Deshalb kritisieren sie, daß die Vertrauensleuteversammlung zu diesem Thema erst nach dem 10.6. (Verhandlungstermin) stattfinden soll.

Den Bock zum Gärtner

In einem Land, wo seit neuestem Wallmann Umweltminister ist, können auch andere, ähnlich geniale Schachzüge nur noch wenig überraschen. In der aktuellen Debatte um Atomkraftwerke wird von Seiten der Atomindustrie und ihrer Regierung auch stets eingewandt, die Erforschung alternativer Energien sei einfach noch nicht weit genug. Und dabei wird häufig auf die Windanlage GROWIAN verwiesen, in die ja 200 Millionen investiert worden seien (im Vergleich zu rund 16 Milliarden DM für AKWs) und die eben fehlgeschlagen sei. Am Rande notiert sei dazu: Kein Zufall. Das wird offensichtlich, wenn zwei Dinge bekannt sind. Erstens: Eine der mitbetreibenden Gesellschaften, die Schleswag, erklärte sich von vornherein nur bereit mitzumachen, wenn dies der einzige Versuch bleibe. Sprich: Eine Fehlschlaggarantie wurde gefordert. Und zweitens: Leiter dieser Versuchsanlage ist ausgerechnet der Leiter des AKW Brunsbüttel, der 1978 den bisher größten Unfall in einem BRD-AKW verschuldet hat ...

BDI-Jahrestagung

Auf seiner Jahrestagung offerierte der Bund der Deutschen Industrie sein Wahlprogramm 87. Die Schwerpunkte der dort vertretenen Thesen knapp zusammengefaßt: Steuerreform für die Reichen und die Konzerne, Abbau vor allem der Krankenversicherung, Widerstand gegen die 35-Stunden-Woche und weitere Projekte à la „Beschäftigungs"-Förderungsgesetz.

Herborn / Dillenburg: 2000 Antifaschisten, keine Nazis

Die von den FAP-Faschisten für den 7. Juni angekündigten Terroraktionen in Herborn und Dillenburg fanden ebensowenig statt wie ihr geplantes Deutschlandtreffen. Stattdessen demonstrierten mehr als 2000 Antifaschisten trotz Dauerregens und der vielfältigen anderen Demonstrationsangebote (für Hessen vor allem Wackersdorf) Widerstandsbereitschaft.

War der Bundesparteitag der FAP bereits auf Stuttgart verlegt worden, so hielt es offenbar auch das Fußvolk dieser Partei für unratsam, wirklich den Versuch zu unternehmen, Herborn „Ausländerfrei" zu machen.

Auf Kundgebungen in Dillenburg, Burg und Herborn sprachen verschiedene Politiker, Gewerkschafter, Mitarbeiter der Demokratischen Initiative, Schülersprecher usw. Von den oft extrem auf „Grundgesetztreue" und „wehrhafte Demokratie" ausgerichteten Reden hob sich besonders der Beitrag einer IG-Metall-Kollegin auf der Abschlußkundgebung in Herborn wohltuend ab. Insgesamt war diese Aktion sicher ein weiterer Anstoß zur Verstärkung und Koordinierung antifaschistischer Aktivitäten, wohl auch zur Verstärkung der Diskussionen um die Inhalte antifaschistischen Kampfes. Unter den Teilnehmern waren nicht nur Antifaschisten aus Hessen, sondern beispielsweise auch aus NRW, die dort auch um Unterstützung für die landesweite Anti-FAP-Demonstration am 21.6.86 in Duisburg warben.



Keine Ruhe für Faschisten und Revanchisten in Coburg!

Vor einigen Wochen konnte die öffentliche Kundgebung der „Jungen Nationaldemokraten" im Zuge des bayerischen Landeskongresses der JN in Coburg erfolgreich verhindert werden. Durch eine quasi Über-Nacht-Mobilisierung erreichte die Antifaschistische Gruppe Coburg, daß in der Fußgängerzone ca. 50 bis 60 Coburger durch Pfiffe, Parolen usw. die Rede der Nazis unhörbar machten.

Ein Höhepunkt für alle Reaktionäre und Faschisten in Coburg, aber nicht nur hier, ist der alljährlich Pfingsten stattfindende „Coburger Convent", ein Treffen, an dem schlagende Verbindungen, v.a. Landsmannschaften und Turnerschaften aus dem ganzen Bundesgebiet anreisen.

Unter der Hauptparole „Gegen Nationalismus, Revanchismus und Krieg" begann drei bis vier Wochen vor Pfingsten die Antifaschistische Gruppe in Coburg und auch z.T. überregional die Informationsarbeit über die politischen Inhalte, die von den uniformierten Studenten vertreten werden. Zugleich wurde das arrogante Auftreten, die Sauferei, das Anpöbeln von Frauen, Stören der Nachtruhe in der Innenstadt usw. angeprangert, um so hauptsächlich unter der Coburger Bevölkerung die Front gegen den „Convent" zu verbreitern.

Trotz Hetze und Kriminalisierungsversuchen von seiten der CC-Oberen und des OB Höhn erreichte der Protest am Pfingstmontag seinen Höhepunkt. Über 200 Menschen, überwiegend aus Coburg und naher Umgebung, demonstrierten entschlossen und lautstark durch die Stadt! Von den „Falken", „Linke in den Grünen", bis Frauenzentrum beteiligten sich viele Organisationen und Initiativen aus Coburg.

Diese Demo war zugleich Mobilisierung gegen die sogenannte Mahnstunde am Abend, wo im SA-Stil die Revanchisten u.a. sämtliche Strophen der „Nationalhymne" absingen. „Verhindert die Mahnstunde". Nochmals 150 bis 200 vor allem jugendliche Coburger versuchten durch vielfältige Störaktionen dieses Ziel zu erreichen. Erstmals versuchten auch ca. 50 bis 60 Antifaschisten geschlossen von außen in den Marktplatz, Ort der Revanchistenversammlung, vorzudringen, was leider nicht gelang.

Die Bullen hatten, unterstützt vom THW, diese Kundgebung massiver als sonst abgeriegelt. Eine Verhaftung und ein verletzter Demonstrant verdeutlichen die aufgeheizte Stimmung der Bullen.

Durch eine noch bessere Vorbereitung, vor allem die Einbeziehung mehrerer Organisationen bis zu den Gewerkschaften, sollte es uns nächstes Jahr gelingen, diesem Angelpunkt der Reaktion in Coburg einen schweren Schlag zu versetzen!

(Information: Die Antifaschistische Gruppe Coburg hat sich vor gut einem Jahr in Coburg gegründet und setzt sich aus Einzelpersonen und Mitgliedern verschiedener Organisationen zusammen, u.a. Grüne, VVN, DKP, SDAJ, KPD, MLPD, Autonome und eine örtliche Gruppe „Karl und Rosa".)



Arbeitslos

Über 100000 Arbeitslose weniger im Mai als im April. Und doch: Selbst aus dem Regierungslager sind die Stimmen, die dies als Durchbruch am „Arbeitsmarkt" gewertet wissen wollen, eher verhalten.

Das hat mehrere Gründe. Zum einen sind es gerade 75000 weniger als im Vorjahresmai. Zum anderen wird zwar gesagt, es sei die niedrigste Arbeitslosenzahl im Mai seit 1980 — aber meist nicht dazu gesagt wird, daß gerade zu jenem Jahr der Konjunkturzyklus in etwa vergleichbar erscheint.

Zum ersten: Es mag ein abscheuliches und unmenschliches Wort sein, aber es muß festgehalten werden, daß der Sockel von über zwei Millionen Menschen ohne Erwerb festgefügt ist. Daran ändert sich seit Jahren nichts.

Zum zweiten: Es trifft zunehmend deutlicher die Frauen, für deren Arbeitslosenzahl nahezu überhaupt keine Bewegung zu registrieren war — es gibt jetzt fast so viele arbeitslose Frauen wie Männer. Und schon kommen die reaktionären Ideologen wieder zum Vorschein, die die Frauen an den Herd verbannt sehen wollen.

Zum Dritten: Die Zahl derjenigen, die ohne Zahlungen aus der Arbeitslosenversicherung leben müssen, steigt ständig an, es sind jetzt fast schon 800000 Menschen, die dies betrifft — kein Wunder, wenn in der Debatte um die neue Armut immer mehr soziale Organisationen in Widerspruch zur Regierungspropaganda geraten.



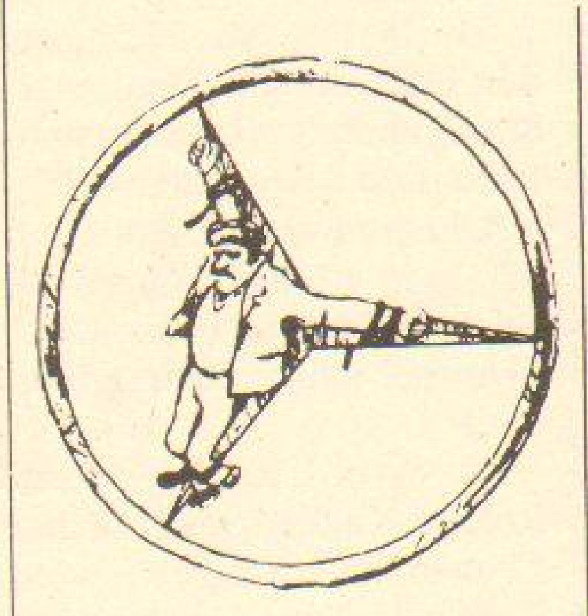
Waldheim siegt

Runde 54 Prozent aller Stimmen erhielt der konservative Kandidat für das Präsidentenamt Österreichs, der frühere UNO-Generalsekretär Kurt Waldheim. In Österreich selbst und auch in der BRD feiern die Konservativen diesen Wahlsieg als „Wiener Wende".

Daran mag in Vorschau auf die Parlamentswahlen im nächsten Jahr in der Tat einiges dran sein. Wobei Waldheim etwa von Helmut Kohl unterscheidet, daß er nicht die „Gnade der späten Geburt" hatte, sondern aktiver Nazioffizier war. Seine entsprechenden Verwicklungen und Taten stellten ja die ganze Zeit des Wahlkampfes über die zentrale Auseinandersetzung dar.

Daß ein Mann mit dieser Vergangenheit diese Wahl so deutlich gewinnen konnte, läßt ahnen, daß die reaktionären Kräfte im Nachbarstaat, von ihren bundesdeutschen Kollegen mächtig angefeuert, in der Tat in der Offensive sind. Und Waldheims Wahlsieg wird sicher für diese Kräfte Fanal sein, sich weiter zu bemühen — für die demokratischen Kräfte war es eine Niederlage.

Mettke (IG Chemie) für Ausländerrückführung



Horst Mettke, Mitglied des Hauptvorstandes der IG Chemie, erklärte auf einer Belegschaftsversammlung bei Merck: Angesichts der mehr als 2,5 Millionen Arbeitslosen sei es verständlich und vertretbar, wenn freiwerdenden Arbeitsplätze bevorzugt an Deutsche vergeben würden. Gleichzeitig hat er sich für eine „geordnete Rückführung" von Ausländern in ihre Heimatländer ausgesprochen. Das berichtet „Klassenkampf", Zeitung der KPD für die Belegschaft von Bayer-Leverkusen in ihrer jüngsten Ausgabe.

Wie „Klassenkampf" weiter berichtet, hat Mettke, nachdem es aus der Belegschaft massiver Protest aufkam, seinen Standpunkt nochmals bekräftigt und hinzugefügt, beim Nach-Hause-schicken habe er nur an die arbeitslosen Ausländer gedacht.

„Klassenkampf" kommentiert: „Mettkes Äußerungen sind ausländerfeindlich und schwer gewerkschaftsschädigend, sie sind regelrecht abstoßend. Das Verhalten von Mettke muß Konsequenzen haben. Es verstößt gegen alle DGB-Beschlüsse ... Mettke hat sich außerhalb des DGB gestellt. Er muß zurücktreten. Wir erwarten von der IG Chemie Leverkusen, daß sie massiven Protest einlegt."

Die „Kesselschlacht" von Hamburg



Fernsehen und Presse wußten längst bevor die erste Personalie aufgenommen wurde, um wen es sich da handelte: Das RAF-Umfeld, Anarchisten, Gewalttäter usw. usf. Die Rede ist von den mehreren hundert Demonstranten, die in Hamburg einen halben Tag lang von der Polizei in chilenischer Manier eingekesselt wurden. Tatsache ist: Es handelte sich um Mitglieder und Anhänger verschiedenster politischer Organisationen (unter vielen anderen beispielsweise auch von KPD und GIM) und Unorganisierten, die eines einte — der Protest gegen die Polizeiwillkür vom Vortage. Der Polizeieinsatz, so die öffentlich-rechtlichen Pressestellen der Polizei, sei erfolgt, weil Gewaltanwendung zu erwarten gewesen sei.

Tatsache ist: Zu den ersten sogenannten Gewalthandlungen von Seiten der Demonstranten kam es, als die Polizei längst „eingekesselt" hatte und munter am knüppeln war. Es war im konkreten Fall nicht mehr als ein Versuch der Gegenwehr, der Selbstverteidigung. Eine geplante, systematisch vorbereitete und mit aller Konsequenz durchgeführte Polizeiaktion zum Zweck der Einschüchterung der Teilnehmer und ihrer Diffamierung in der Öffentlichkeit — das war es, was der Hamburger Innensenator organisiert hatte. Ob es in dem Bestreben geschah, zu zeigen, daß ein sozialdemokratischer Innensenator das selbe kann wie ein CDU-Innenminister von Schleswig-Holstein, sei dahingestellt.

Die SPD-Rechte jedenfalls, allen voran der Vorsitzende des Innenausschusses des Bundestages Wernitz, hieb in dieselbe Kerbe wie die FDP-Liberalen Baum und Hirsch — ihre diesbezüglichen Vorschläge unterscheiden sich nur ganz wenig von entsprechenden Passagen der noch geplanten Sicherheitsgesetze der Bundesregierung. Die Bundesregierung wird, gedrängt von Strauß, das Thema Beschneidung des Demonstrationsrechts erneut aufs Tapet bringen.

Das Muster ist alt, der Anlaß selbst geschaffen. Wenn insgesamt 838 Festnahmen zur registrieren sind, heißt das ja eindeutig, daß es gar nie darum gegangen war, irgend jemanden irgendetwas nachzuweisen. Neuankömmlinge wurden in den Kessel verfrachtet, Solidarität nicht nur bedroht, sondern, wie im Falle der Taxifahrer, denen von der Polizei die Scheiben eingeschlagen wurden — ein reiner Terrorakt — mit Gewalt begegnet.

Der in solchen Situationen übliche Chor der Distanzierer rundete das vorfabrizierte Medienbild ab, das mit Polizisten im Krankenhaus und ähnlich Altgewohntem perfekt gestylt wurde.

Die Ereignisse von Hamburg zeigen deutlich, daß es auch bereits am Samstag, bei den verschiedenen Demonstrationsorten, insbesondere aber bei der Behinderung der Aktion in Brokdorf, eindeutig um politische Ziele ging. Daß eine Kundgebung so aufgelöst wird, wie die in Brokdorf, ist selbst in einem Staat mit relativ eingeschränktem Demonstrationsrecht wie der BRD nicht alltäglich, so wenig wie die Stimmungsmache vorher. Das riesige Polizeiaufgebot allein, ohne die konkrete Vorgehensweise näher zu betrachten, war bereits für sich genommen ebenfalls eine politische Demonstration. Das gezielte und offensive Vorgehen unterstreicht dies.

Einschüchterung, Spaltung und Machtdemonstration: Wer sich mit den atomaren Interessen des bundesdeutschen Großkapitals auseinandersetzt, soll gewarnt werden. Wer auf einen „Umdenkprozeß" in dieser Klasse hofft, mag von Glück reden, wenn seine Illusion nicht für ihn selbst übel endet.

(hrw)

Mißhandlungen

Was mit den eingekesselten Menschen auf dem Hamburger Heiligengeistfeld passierte, kann man nicht anders bezeichnen als mit dem Begriff der Mißhandlung.

Nicht nur, daß sie bis zu 13 Stunden lang eingekesselt waren und danach in Turnhallen festgehalten wurden, ist Fakt. Auch solche Tatsachen, wie, daß sie nichts zu essen und zu trinken bekamen, daß sie viele Stunden lang nicht einmal die Toilette benutzen durften und daß ihnen bei Einbruch der Abendkälte sogar Decken, die Freunde oder Angehörige mitgebracht hatten, verweigert wurden, können nur so beschrieben werden.

Der Gipfelpunkt dieser Polizeiwillkür war die Behandlung jener 40 Taxifahrer, die sich mit den eingekesselten solidarisiert hatten und gekommen waren, um deutlich zu machen, daß sie für den Abtransport zur Verfügung standen. Bedrohungen, Beschimpfungen und schließlich eingeschlagene Scheiben waren die Antwort der Polizei. Im Falle der Taxifahrer wurde noch nicht einmal die Lüge von der potentiellen Gewaltanwendung neu aufpoliert — dieser Akt bleibt als reine Vandalentat zu verbuchen, zu verantworten von einem Innensenator, der den gesamten monströsen Plan abgesegnet hatte.



Bürgerkrieg in Kleve

Wer am Samstag abend durch das kleine Örtchen Kleve, 25 Kilometer von Brokdorf entfernt, kam, traute seinen Augen nicht: zahlreiche zerstörte Pkws, zwei ausgebrannt, überall Unrat und verbrannte Stellen, davor sichtlich geschockte Dorfbewohner ... Wo sind wir hier? In Nordirland?

„Was ist hier passiert?", diese Frage richteten wir an jüngere Menschen, die wie wir, von der Brokdorf-Demo kommen. „Hier hat der Bundesgrenzschutz gewütet!", lautet ihre kurze Antwort. Gewütet ist schon kein Ausdruck mehr.

Durch Kleve sollte die Anfahrtsroute des Hamburger Bus-Konvois führen. Rund 80 Busse und zahlreiche Pkws. Organisiert und geleitet von der BUU. Darunter Hamburger und Berliner Autonome, genauso wie Gewerkschafter des Arbeitskreises Leben. Kleve war ausgesucht worden, weil hier im Gegensatz zu Itzehoe nur eine kleine Polizeisperre aus ca. 40 Polizisten mit Dienstmütze und vier Bullis aufgebaut war. Eine Falle? Offensichtlich!

Als der Bus-Konvoi den Versuch unternahm, langsam durch die Polizeisperre durchzufahren, um auf diesem Wege das Demonstrationsrecht wahrzunehmen, da schlugen die 40 Polizisten auf das erste Fahrzeug und Fahrer ein. Als die nachkommenden Demonstranten zur Hilfe eilten, stürmten rechts und links Polizisten mit Nahkampfausrüstung auf die Straße. Aus der Luft wurde das SEK, ganz in Grau gekleidet, mit ABC-Schutzmaske vorm Gesicht, abgesetzt und Polizeihundertschaften (u.a. aus Niedersachsen und NRW) zur Verstärkung herangezogen. Steinwürfe und Mollis konnten den Vormarsch, der mit Knüppeln, Chemical Mace und „pepperfog" bewaffneten Polizei-Truppe nicht stoppen. Gegenwehr mit den mitgeführten Knüppeln war, wegen der Enge, links und rechts Autos und Häuser, kaum möglich.

Bei etwa 80 Fahrzeugen der Demonstranten wurden von einer SEK-Einheit die Reifen zerstochen, Spiegel abgebrochen und Scheiben eingeschlagen. Verletzte mußten unter vorgehaltener Maschinenpistole und den Worten: „Bei Fluchtversuch wird geschossen" versorgt werden. Insgesamt 150 Demonstranten wurden in Kleve verletzt, 50 mußten im Krankenhaus Wilster behandelt werden. Eine Frau liegt mit schweren Augenverletzungen in Kiel. Ein junger Mann erlitt schwere Verletzungen durch Schlagstockschläge auf den Kehlkopf. Über 100 Demonstranten wurden festgenommen.

Nach Angaben der BUU soll ein neues Hartgummi-Geschoß gefüllt mit CS-Gas eingesetzt worden sein. Diese Waffe hat eine Reichweite von 120 Metern und führt zu schwersten Verletzungen. Einer Frau sei durch dieses Geschoß ihre schmelzende Gummijacke in die Haut eingebrannt worden. Ein Vertreter des Hamburger Sanitäts-Ausschusses erklärte dazu: „Wer eine solche Waffe einsetzt, nimmt Tote in Kauf."

(jt)



Die Schlacht beginnt



Ein nagelneuer VW-Bus von der Polizei zerstört

DGB-Bundeskongreß

Zu den Schwerpunktthemen: Arbeitszeitverkürzung, Energiepolitik, Neue Heimat

Vom 25.-31. Mai tagte in Hamburg der 13. DGB-Bundeskongreß. Die 25 Delegierten (davon 80 Kolleginnen) vertraten die 17 Einzelgewerkschaften des DGB. Wir berichten über die Debatte und Beschlüsse zu den Themen Arbeitszeitverkürzung, Energiepolitik, Neue Heimat. Auf dem Kongreß fand, zum Teil im Zusammenhang mit der Kampagne gegen die Änderung des § 116 AFG, eine grundsätzliche Debatte über Staatsverständnis, politische Streiks, Einheitsgewerkschaft und Bündnispolitik statt. Damit werden wir uns im nächsten „Roten Morgen" auseinandersetzen.

von HORST DIETER KOCH

Tarifpolitik

In der Tarifpolitik sind vor allem die einstimmig angenommenen Anträge 249 (Betr. Tarifliche Arbeitszeitverkürzung/Antragsteller IG Chemie-Papier-Keramik) und 250 (Betr. Koordinierung der Tarifpolitik/Antragsteller: IG Metall) von Bedeutung.

Im Antrag der IG Chemie heißt es:

„Die Verkürzung der Arbeitszeit hat in den vergangenen Tarifrunden der Einzelgewerkschaften eine vorrangige Rolle gespielt. In wesentlichen Teilen der Wirtschaft und des öffentlichen Dienstes haben Arbeitszeitverkürzung in unterschiedlichen Formen, die Vereinbarung zusätzlicher freier Tage und Vorruhestandsregelungen einen Beitrag zur Schaffung neuer Arbeitsplätze und Beschäftigungsmöglichkeiten sowie der Sicherung und Festigung bestehender Arbeitsplätze geleistet. (...)

(...) Weitere Arbeitszeitverkürzungen entsprechend den wirtschaftlichen, Arbeitsmarkt- und strukturellen Verhältnissen in den einzelnen Wirtschaftsbereichen und dem Öffentlichen Dienst bleiben daher vorrangiges Ziel der gewerkschaftlichen Tarifpolitik.

Im Vordergrund steht für die deutsche Gewerkschaftsbewegung die Wochenarbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich in ihren unterschiedlichen Formen mit dem Ziel, die 35-Stunden-Woche für alle Arbeitnehmer zu verwirklichen.

Entsprechend der Unterschiedlichkeit der Tarifbereiche können jedoch Lebensarbeitszeitverkürzungen, Vorruhestandsregelungen, Jahresarbeitszeitverkürzungen, Urlaubsverlängerungen und Freischichtenregelungen in einzelnen Bereichen eine gleichrangige Bedeutung erreichen."

Sicher kann man sagen, daß ein gewisser Fortschritt darin liegt, daß im Kampf für die Wochenarbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich zugestanden wird, im Vordergrund zu stehen. Andererseits wird behauptet, daß in bestimmten Bereichen die berühmten anderen Formen der Arbeitszeitverkürzung eine „gleichrangige Bedeutung" erreichen können. In der Bewertung der zurückliegenden Tarifrunden, die der Antrag vornimmt, findet von den unterschiedlichen Formen der Arbeitszeitverkürzung ausgerechnet die Wochenarbeitszeitverkürzung keine Erwähnung. Schließlich muß erwähnt werden, daß es in der Debatte seitens der Diskussionsredner der sogenannten „Fünferbande", also der Einzelgewerkschaften, die sich 1984 ausdrücklich gegen den Kampf für die 35-Stunden-Woche gestellt hatten, keinerlei selbstkritische Äußerungen gab. Im Gegenteil: Insbesondere von der IG Chemie, der IG Textil und der NGG wurden die abgeschlossenen Vorruhestandsregelungen in zum Teil völlig unrealistischer Weise, was ihre Beschäftigungswirkung angeht, angepriesen.

Der ebenfalls einstimmig angenommene IGM-Antrag zur Koordinierung der Tarifpolitik hält an konkreten Punkten fest:

„• die weitere umfassende Verkürzung der Arbeitszeit mit dem Vorrang für die 35-Stunden-Woche sowie eine Verbesserung und Verlängerung der Tarifverträge über den Vorruhestand über den 31.12.1988 hinaus
• die Abwehr unternehmerischer Flexibilisierungsvorstellungen
• die Sicherung und Verbesserung der Qualifikation aller Arbeitnehmer durch bezahlte Weiterbildungsansprüche während der Arbeitszeit
• die praktische Gleichberechtigung der Frau bei Entlohnung und Erwerbsarbeit
• Neuregelung der Entlohnungsgrundsätze mit dem Ziel optimaler Gestaltung der Arbeits- und Leistungsbedingungen unter den Kriterien humaner und zumutbarer Arbeit
• die Verwirklichung des Schutzes der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor Datenmißbrauch und des Rechts auf Einsicht der gespeicherten Daten
• der Abschluß von Abkommen zur Gestaltung des Rationalisierungsprozesses und des Technologieeinsatzes im Betrieb mit dem Ziel negativer Folgen für Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen ist zu vermeiden.

Die Sicherung der gewerkschaftlichen Handlungsfähigkeit erfordert darüber hinaus in dieser Situation
• den gemeinsamen und umfassenden Widerstand aller Arbeitnehmer/-innen und ihrer Gewerkschaften gegen die Angriffe auf die Tarifautonomie, das Tarifvertragssystem, das Streikrecht."

Die Frage, ob die Formulierung „Vorrang für die 35-Stunden-Woche sowie ... Vorruhestand" verbindlicher ist als die Formulierung im IG-Chemie-Antrag, ist wohl eher ein Fall für Germanisten. Auch sonst muß man feststellen, daß die beschlossenen Essentials kaum eine Grundlage für eine verbindlichere Koordinierung der Tarifpolitik im DGB darstellen:

• Ein verbindlicher Beschluß darüber, daß alle Einzelgewerkschaften in den kommenden Tarifrunden für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich eintreten, wurde nicht gefaßt.

• So positiv der Beschluß über die „Abwehr unternehmerischer Flexibilisierungsvorstellungen" ist, fehlt doch eine Stellungnahme des DGB-Kongresses zu den Flexi-Vorstellungen, die aus gewerkschaftlichen Reihen vorgetragen werden. Die sehr konkret geäußerten Absichten von Rappe und Mettke (IG Chemie) vertragen sich mit der Forderung nach Abwehr der unternehmerischen Flexibilisierungsvorstellungen" insofern schlecht, als sie nicht unerheblich mit diesen übereinstimmen. Demgegenüber entziehen sich die diesbezüglichen Vorstöße von Hans Mayr und Franz Steinkühler wegen ihres noch ziemlich nebulösen Charakters einer so konkreten Beurteilung. Jedenfalls kann man bei diesem Diskussionsstand im DGB nicht von einer angemessenen Behandlung dieser Frage durch den Bundeskongreß sprechen.

• Schließlich wird durch diese Frage auch das Problem der Verteidigung des Tarifvertragssystems berührt. Die gegenwärtig vorherrschende Unternehmerstrategie zielt ja gerade darauf ab, die Verbindlichkeit einheitlicher Tarifverträge durch Flexibilisierung zu zerstören.



Neue Heimat/ Gemeinwirtschaft

Zur Frage der Neuen Heimat beschloß der DGB-Kongreß einstimmig: „Der Ordentliche Bundeskongreß des DGB erwartet, daß die Strukturprobleme bei der Neuen Heimat dauerhaft gelöst werden.

• Vorrangig sollen dabei wirtschaftlich vertretbare Lösungen gemeinsam mit der öffentlichen Hand mit dem Ziel gefunden werden, die Sozialbindung der Wohnungen der Neuen Heimat zu erhalten. Dieser Weg der Regionalisierung berücksichtigt am besten die Interessen der Mieter und der Beschäftigten und trägt den veränderten Bedingungen der sozialen Wohnungswirtschaft Rechnung. Er ermöglicht es, daß der DGB und seine Gewerkschaften sich mittelfristig aus ihrem unternehmerischen Engagement in der Wohnungswirtschaft zurückziehen.

• Die angestrebten Lösungen dürfen aber nicht dazu führen, die gewerkschaftliche Handlungsfähigkeit und Finanzkraft zu beeinträchtigen, auch wenn dazu notfalls weitere Verkäufe aus dem Wohnungsbestand der Neuen Heimat erforderlich sind.

• Bei allen möglichen Lösungen sind die Interessen der Beschäftigten der Neuen Heimat wie bisher einzubeziehen."

Es hat von Beschäftigten der Neuen Heimat während des Kongresses eine Demonstration gegeben. Der Betriebsratsvorsitzende bekam Gelegenheit, zu den Delegierten zu sprechen. Gleichzeitig stellte der Vorstandsvorsitzende der Beteiligungsgesellschaft, Alfons Lappas, fest, eine Arbeitsplatzgarantie für die Beschäftigten könne nicht gegeben werden.

Das Regionalisierungskonzept baut darauf, daß der Großteil der Wohnungen der Neuen Heimat von den Ländern übernommen wird. Ob dies tatsächlich in ausreichendem Umfang gelingt, ohne DGB-Gelder beizusteuern, was der Kongreß nachdrücklich abgelehnt hat, ist noch keineswegs gesichert.

Die Alternative, Verkauf von Wohnungen auf dem freien Markt mit Verlust der Sozialbindung, ist erstens ökonomisch durchaus unsicher und zweitens politisch mehr als heikel. Die Reaktion hätte jedenfalls ausgiebig Gelegenheit, ausgerechnet den Gewerkschaften die Verantwortung für das Ende des sozialen Wohnungsbaus zuzuschanzen.

Der Kongreß hat sich nicht getraut, alle möglichen Konsequenzen des Neue-Heimat-Skandals zu diskutieren. Das kann sich unter Umständen, wenn das Regionalisierungskonzept scheitert, noch bitter rächen. Noch viel weniger hat der Kongreß sich der Aufgabe gestellt, den Fall Neue Heimat zum Anlaß zu nehmen, um eine längst fällige Beurteilung des Bereichs „Gemeinwirtschaft" vorzunehmen. Alfons Lappas machte in seinem Grußwort ernsthaft den Vorschlag neuer gewerkschaftlicher Beteiligungen — „im Bereich der Zukunftstechnologien, speziell der elektronischen Datenverarbeitung". Gnadenlos ausgepfiffen wurde er nicht. In Sachen Neue Heimat sind die Schulaufgaben noch längst nicht gemacht.

Energiepolitik

Der vom DGB-Bundesvorstand, der IG Chemie, der IG Metall und der ÖTV gemeinsam gestellte Antrag 113 zur Energiepolitik hat das größte Presse-Echo ausgelöst. Der Antrag ist formuliert als Fortschreibung des energiepolitischen Beschlusses des 12. Bundeskongresses 1982. Tatsächlich aber hat sich in dieser Frage einiges bewegt. Neu heißt es in dem jetzt verabschiedeten Antrag:

„Vor dem Hintergrund des Reaktorunglücks in Tschernobyl erklären der DGB und seine Gewerkschaften:

Wir wollen eine Energiepolitik, die es uns ermöglicht, so rasch wie möglich auf den Einsatz der Kernenergie zu verzichten. Um diesen Verzicht sozialverträglich durchzuführen, muß eine Neubewertung der gesamten Energiepolitik erfolgen. Dabei müssen alle wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftspolitischen Folgen einer solchen Entscheidung unter Einbeziehung ihrer ökologischen Auswirkungen genau geprüft werden. **Nach dem derzeitigen Informationsstand ist eine Perspektive ohne Kernenergie realistisch.** Der DGB hat dies bereits in seinem Beschluß vom November 1984 festgestellt. Auf dieses Ziel ist konsequent hinzuarbeiten.

Schon jetzt sind folgende Schlußfolgerungen notwendig:
a. Der großtechnische Einsatz der Schnellbrüter-Technologie paßt nicht in dieses energiepolitische Konzept. Die Inbetriebnahme des SNR 300 in Kalkar ist daher nutzlos.
b. Die industrielle, großtechnische Wiederaufbereitung, wie in Wakkersdorf geplant, wird abgelehnt.

Für diesen Standort fordert der DGB die Errichtung eines Forschungszentrums zur weiteren Erforschung und Demonstration der Nutzungsmöglichkeiten regenerativer Energien und von Systemen zur rationellen Energieverwendung.
c. Die Kapazität der Leichtwasserreaktoren in der Bundesrepublik ist auf den derzeitigen Stand zu begrenzen und im Zuge des Erfolges einer veränderten Energiepolitik dem sich verringernden Restbedarf anzupassen.".

An anderer Stelle des Antrags heißt es: **„Der Einsatz von Kernenergie ist grundsätzlich nur noch für einen begrenzten Zeitraum verantwortbar."**

Der Antrag hat in seiner angenommenen Fassung über fünf Seiten. In seiner Gesamttendenz spricht er für einen ziemlich langfristig angelegten Ausstieg. Tatsächlich wurde der Antrag auf sofortigen Ausstieg vom Kongreß glatt abgelehnt, wobei die meisten Befürworter des „sofortigen Ausstiegs" aus taktischen Gründen der Empfehlung der Antragskommission gefolgt sind.

Trotz dieser Einschränkung ist in dieser Frage — selbstverständlich unter dem Druck des Meinungsumschwungs nach Tschernobyl — tatsächlich Bewegung unverkennbar. Das wird besonders deutlich an den Ausführungen des Vorsitzenden der IG Bergbau und Energie Heinz-Werner Meyer: „Wir nehmen die Sorgen der Kolleginnen und Kollegen in den betroffenen Gewerkschaften ernst. Auch die Sorge dieser Kollegen um ihre Arbeitsplätze spielt in dem Zusammenhang eine Rolle. Aber angesichts der Katastrophe von Tschernobyl muß es ganz klar sein: Schwergewicht, Priorität hat die Forderung, jetzt aus der Kernenergie rauszugehen — und zwar so rasch wie möglich!

(...) Kolleginnen und Kollegen! Wir können jetzt nicht darauf setzen, daß die Zeit vergeht und daß sich der Ausstieg aus der Kernenergie schon durchsetzen wird, sondern wir müssen aktiv dazu beitragen — und zwar überall dort, wo wir das können — daß die Politik des Ausstiegs aus der Kernenergie vorangetrieben wird. Wir dürfen uns von niemandem auf eine ungewisse Zukunft vertrösten lassen ...

Denn eines, Kolleginnen und Kollegen, haben wir doch gelernt. Eine solche Katastrophe ist mit Katastrophen der Vergangenheit eben nicht vergleichbar."

In Meyers Diskussionsbeitrag finden sich auch Passagen, die darauf hinweisen, daß für viele mit diesem Kompromiß die „Schmerzgrenze" erreicht sei. Immerhin: für manches, was der IGBE-Vorsitzende jetzt auf dem Bundeskongreß gesagt hat, hätte man vor nicht allzu langer Zeit in der IGBE noch schwer Druck gekriegt.

Alles in allem: Eine Stellungnahme für einen schnellstmöglichen Ausstieg ist der angenommene Antrag in Wirklichkeit zwar nicht. Aber er ist ein deutlicher Fortschritt gegenüber früheren Positionen. Der Atom-Lobby wird es künftig schwerer fallen, sich auf die Position der Gewerkschaften zu berufen. Atomkraftwerksgegner in allen Gewerkschaften werden es künftig einfacher haben.

Wahlen

Ernst Breit erhielt bei der Wahl des DGB-Vorsitzenden 503 Stimmen (eine Gegenstimme, zehn Enthaltungen). Als stellvertretende Vorsitzende wurden mit 491 bzw. 454 Stimmen bei jeweils drei Gegenstimmen Gustav Fehrenbach und Gerd Muhr gewählt. Weitere geschäftsführende Vorstandsmitglieder: Irmgard Blättl (441 Stimmen), Siegfried Bleicher (443 Stimmen), Ilse Brusius (353 Stimmen), Michael Greuenich (371 Stimmen), Helmut Teitzel (346 Stimmen), Lothar Zimmermann (448 Stimmen).

No queremos goles — necesitamos frijoles . . .



Wir wollen keine Tore, wir wollen Bohnen

von J. aus HAMBURG

... immer lauter, unüberhörbarer, auf Wänden, Plakaten und Transparenten unübersehbarer wird der Protest der verschiedensten sozialen und politischen Bewegungen und Organisationen gegen „El Mundial", die Fußballweltmeisterschaft.

Immer deutlicher erweisen sich die kürzlich veröffentlichten Umfragen, wonach **die** (!) Mexikaner „lieber auf die Grundnahrung Tortillas als auf ‚El Mundial' verzichten" würden, als ebenso übertrieben verfälscht und manipuliert wie alle anderen offiziellen statistischen Angaben, seien es Wahlergebnisse, die Anzahl der Erdbebenopfer vom September 1985 oder jetzt die aktuellen Umfrageergebnisse zu „El Mundial".

Die Fassaden aus Erklärungen, frischgetünchten Häusern, Wänden oder schnell hochgezogenen Mauern, hinter denen die Elendsviertel verborgen bleiben sollen, können vielleicht die ausländischen Fußball-Fans täuschen — doch die eigene Bevölkerung?

Nach der seit 1982 kontinuierlichen Abwertung des pesos (war Anfang 1982 ein US-Dollar noch für 22,5 pesos zu kaufen, so kostet er heute über 400 pesos!), nach wiederholten Senkungen des Ölpreises mit seinen verheerenden Folgen für die wirtschaftliche und soziale Lage der Bevölkerung, sprachen die Mexikaner von einer dritten Abwertung: der Glaubwürdigkeit auch dieser Regierung.

Die Versprechungen von „moralischer Erneuerung" und „wirtschaftlicher Rekonstruktion", mit denen Miguel de la Madrid (DLM) Ende 1982 seine Regierungszeit antrat, beinhalteten in Wirklichkeit: Fortsetzung der Korruption (ungeachtet einiger spektakulärer Verhaftungen und Anklagen gegen Funktionäre des Regimes unter Lopez Portillo), zunehmende Arbeitslosigkeit, Hunger und Elend für die Mehrheit der ca. 77 Millionen Mexikaner/innen.

Die unter DLM eingerichtete Anti-Korruptions- und Kontrollbehörde, „Controlaria de la Federacion", war mit die erste, deren Mitarbeiter Mitte letzten Jahres Opfer der Massenentlassungen im öffentlichen Dienst wurden. Kein Wunder, hatten sie doch bei ihrem ersten Kongreß öffentlich erklärt: „Wir werden gezwungen, Untersuchungsergebnisse über Korruption, Diebstahl, Erpressungen und Fälschungen in den Behörden zurückzuhalten und Untersuchungen einzustellen".

Die „wirtschaftliche Rekonstruktion", die elegante Umschreibung für die vom Internationalen Währungsfond (IWF) geforderte Sparpolitik, verstärkte das ohnehin schon bestehende Elend der Bevölkerung. Reicher wurden nur die Reichen — mit ihren Milliarden im Ausland.

Die seit dem Amtsantritt von DLM verfolgte — und von Helmut Kohl bei seinem Mexiko-Besuch im Juli 1984 als „vorbildlich für Lateinamerika" gelobte — Sparpolitik hat nicht nur die Ernährungsgewohnheiten der vom „salario minimo" lebenden Bevölkerung verändert. Fleisch, Fisch, frisches Gemüse und Obst sind zu unerschwinglichen Luxusartikeln geworden. Welche Auswirkungen diese Sparpolitik für die Kinder hat, machen folgende Zahlen deutlich:

Mindestens 6 Millionen Kinder unter fünf Jahren trinken **nie** Milch, weitere 6 Millionen nur äußerst unregelmäßig. Die für die Entwicklung so wichtigen Proteine, wie sie in Eiern, Fisch etc. enthalten sind, fehlen fast gänzlich auf dem Speiseplan der Kinder der Mehrheit. Sparpolitik bedeutet für sie: Unterernährung, Mangelerscheinungen, Krankheit. Von rund zwei Millionen Kindern, die jährlich geboren werden, sterben mehr als 100000 im ersten Lebensjahr. Im September 1984 erklärte der Arzt Leopoldo Vega Franco vom Kinderkrankenhaus in Mexiko, daß sich die Anzahl der Kinder, die infolge von Vitamin A-Mangel **erblinden**, vervielfacht hat.

Im Preis der Tortillas (neben Bohnen und Chili-Sauce die traditionelle Grundnahrung) läßt sich symbolhaft die Verelendung der mexikanischen Bevölkerung zeigen: zwischen 1982 und 1986 stieg der Preis für 1 Kilo Tortillas von 8 pesos auf 45 pesos (d. h. mehr als verfünffachte sich), während sich die Nominallöhne im selben Zeitraum lediglich etwas mehr als verdoppelten. Bitterböser Humor eines Karikaturisten angesichts der seit 1982 sich zwischen 80 und 100 Prozent bewegenden Inflationsrate: Gebet einer in zerrissener Kleidung gezeichneten und elend aussehenden Frau: „... unser täglich Brot gib uns heute, aber zum Preis von gestern!"

Diese Hoffnung wird ebenso an der Wirklichkeit scheitern, wie die vielen Hoffnungen, Wünsche und Forderungen der mexikanischen Bevölkerung in den letzten Jahren. „El Mundial" wird erneut enorme Preiserhöhungen mit sich bringen. Nur kurzfristig, wenn überhaupt, wird die „Droge" Fußball Armut und Hunger betäuben.

Die Krise, die sich durch die fallenden Ölpreise beschleunigende Talfahrt der mexikanischen Wirtschaft, zieht immer neue Gruppen der Bevölkerung **unter** das Existenzminimum. Heute sind es vor allem die städtischen Mittelklassen, die vorher am wirtschaftlichen Wachstum teilhatten, denen es immer schlechter geht: 10 bis 15 Prozent sind ganz ohne Arbeit, 40 bis 45 Prozent sind „unterbeschäftigt", d. h. im Klartext, sie ernähren sich am Rande der Wirtschaft mit Straßenverkauf oder Saisonarbeit.

„Cada dia es más dificil sobrevivir" — täglich wird es schwieriger zu überleben.

Der Verfall des Ölpreises treibt den Erdölexporteur Mexiko in den Ruin. 75 Prozent seiner Exporterlöse, über 40 Prozent des Staatshaushaltes stammten bisher aus dem Ölgeschäft. Schon 1985 waren die Einnahmen aus dem Verkauf des Öls gegenüber 1984 um 11,9 Prozent gesunken. Der erneute Preissturz des Öls Anfang 1986 von 23,75 auf 15,07 US Dollar „verursacht einen Verlust, der dem Schaden von zwei Erdbebenkatastrophen entspricht", errechnete „El Financiero", Mexikos Wirtschaftszeitung. Die Erdbebenkatastrophe im September 1985 hatte Schäden von über 5 Milliarden US Dollar verursacht.

Drei Jahre lang galt Mexiko als „Musterknabe" bei der „Bewältigung der Schuldenkrise" sprich: bei der pünktlichen Rückzahlung der fälligen Zinsen und Tilgungen. Durch den erneuten Fall des Erdölpreises steht Mexiko — heute, am Vorabend der Fußball-Weltmeisterschaft — vor dem Bankrott, die „Schuldenbombe", die 1982 nach Aussagen der Internationalen Bankiers entschärft wurde, steht kurz vor der Explosion, verstärkt durch die „Sprengkraft" der Folgen der vom IWF erzwungenen Sparpolitik: Massenarbeitslosigkeit, soziale Verelendung, Hunger.

Das großzügige Durchbrechen der Sparpolitik beim Ausbau der Polizei und Armee, deren Ausrüstung mit modernsten Waffen zeigen, daß die mexikanische Regierung weiß, welche soziale Sprengkraft ihre Politik beinhaltet.

Allein für die „Sicherheit" bei der Weltmeisterschaft wurde über 10 Millionen Dollar ausgegeben. Sicherheit für wen? Gefährdung der Sicherheit durch wen? 1968 hatten Studenten, unterstützt durch andere soziale Bewegungen unmittelbar vor der Eröffnung der olympischen Spiele versucht, die internationale Öffentlichkeit über ihre Ziele und Forderungen, über die Hintergründe ihres Protestes zu informieren. Die Regierung ließ das Feuer auf die Demonstrations- und Kundgebungsteilnehmer eröffnen. Hunderte von Studenten, Bauern, Arbeiter starben im Kugelhagel oder wurden verletzt aus den Krankenhäusern verschleppt und ermordet.

Die Ermordung, Verschleppung und Folterung oppositioneller Kräfte ist auch unter de la Madrid Teil des politischen Alltags.

Erneut steht Mexiko im Mittelpunkt der internationalen Berichterstattung. **Die Ziele und Forderungen, für die 1968 demonstriert wurde, haben sich nicht geändert.**

XIII. Fußball WM 86

Zwickmühle?

Es ist wie stets bei solchen Ereignissen eine Erscheinung von Persönlichkeitsspaltung milderer Art. Die taz hat ihre tägliche Sonderberichterstattung zur Fußball-WM, die meisten Linken reden ausgesprochen kritisch über das Ereignis und versammeln sich in ungewohnter Eintracht allabendlich vor dem Bildschirm.

Zwar: „Das Leder rollt fürs Kapital" (oder so ähnlich), aber es rollt halt doch (wenn auch bisher langweilig) ganz schön. Schon 1974, bei der 10. WM in der BRD gab es genügend solcher, die derart Flugblätter usw. vor den Stadien verteilten, um anschließend selbst gucken zu gehen.

Zwar: 400000 DM pro Kopf an Siegprämie (beim diesbezüglichen Rekordhalter, der squadra azzurra) sind eine Unverschämtheit, aber es glaubt eh keiner, daß Italien wieder gewinnt. Und für die BRD-Elf, die da so großspurig wieder mal als „Deuuutschschland" auftritt, braucht man ja auch nicht zu sein, oder? Zumal der Kaiser gestand, auch nur ein Mensch zu sein, ein bayerischer gar.

Aber: Die sogenannten Außenseiter geben auch nicht viel her. Abscheulich etwa die Vorstellung, beim Finale säßen ausgerechnet das faschistische Fossil aus Paraguay und der blutige Diktator aus Südkorea in der Ehrenloge. Das wäre auch nicht besser als Kohl und Thatcher oder Hassan II. und Sadam Hussein. Algerien? Seit sie nicht mehr zu den „Kleinen" gerechnet werden (hierzulande nur, denn „so einer" kann nicht gegen die BRD gewinnen) werden sie dafür immer schlechter, und Boumedienne ist auch tot. Nordirland — die einzige Mannschaft, die nur vom Spiel interessant ist: Wer singt die britische Hymne mit, also wieviele Katholiken und Protestanten sind aufgestellt?

Brasilien? zwar jetzt antifaschistisch, aber so gut wie 82, als jedes Fanherz ob ihrem ungerechtfertigten Ausscheiden schmerzte, sind sie lange nicht, und Eder, der absolute Linksaußen, auf dem Spielfeld wie in der Politik, ist auch nicht mehr dabei. Tja. Vielleicht wacht ja Platini noch auf und rüttelt auch Giresse wach, den Tigana alleine kann die Blauen auch nicht zu neuen Ehren führen: Die Kohabitation der drei Asse klappt so wenig wie die von Mitterand und Chirac.

Schließlich: Wer gegen Profifußball, gegen Berufssport grundsätzlich eingestellt ist, dem bleibt nur eine Wahl. Kanada. Nur zwei Profis, dafür aber reihenweise Spieler ohne jeglichen Verein, das sind die wahren Amateure. Und wenn's nur im Schwebezustand sei.

Im Hintergrund allerdings taucht drohend die Frage nach der Haltung zum „realen Sozialismus" auf, nach der strahlenden Vorstellung der erweiterten Bezirksmannschaft des Kreises Kiew — aber wer zu Beginn gut spielt, kam noch nie weit. Die Zwickmühle ist wahrhaft allseitig, da helfen nur noch die ältesten Fußballerweisheiten wie „Der Ball ist der schwerste" und „der nächste Gegner ist rund". Ersteres trifft nach den ersten vier Tagen Mexiko auf jeden Fall zu. (hrw)

Pfiffe für den Präsidenten

Kein Jubelfestival: Die Eröffnungsfeier der 13. Fußballweltmeisterschaft in Mexiko. Bei jeder Ansprache ein gellendes Pfeifkonzert, wann immer der „Bürger Präsident" angesprochen wurde. Als er selbst das Wort ergriff, erreichte das Pfeifkonzert Orkanstärke. Viel zu hören war nicht von dem, was Miguel de la Madrid meinte, der Welt mitteilen zu müssen.

Die sozialen Probleme Mexikos: Immerhin so groß, daß sie selbst im BRD-TV, in Halbminuten-Sequenzen in typisch herablassender Kolonialistenmanier erwähnt werden.

Probleme, die so groß sind, daß selbst die Fußballbegeisterung sie dann nicht überspielen kann, wenn solche Figuren wie der Präsident auftauchen und sich damit profilieren wollen.

„Mexico, Mexico — ra, ra, ra" — das ist eben nur die eine Seite, und die gilt ganz offensichtlich in breiten Teilen nicht der Politik der Regierung Madrid.

Umbau — die neue

Als im Mai die Bundesversammlung der Grünen das Programm zu den Bundestagswahlen beriet, stand eigentlich außerdem die Diskussion eines Programms „Umbau der Industriegesellschaft" auf der Tagesordnung — aus Zeitgründen wurde diese Diskussion jedoch auf einen weiteren Kongreß im Herbst verschoben. Dieses Umbauprogramm hatte im Vorfeld heftige Debatten in den Reihen der Grünen ausgelöst, geht es doch um die „Konkretisierung zu Vorschlägen für institutionelle Reformen der Wirtschaftsordnung", um die Weiterentwicklung der wirtschaftspolitischen Vorstellungen der Grünen.

Auf einem Kongreß im April eigens zu diesem Thema waren die Widersprüche zu diesem Entwurf einer Arbeitsgruppe der Bundestagsfraktion der Grünen deutlich geworden. Dabei reicht die Kritik von Positionen, die überhaupt den Versuch ablehnen, konkrete Forderungen für die verschiedenen Bereiche der Wirtschaftspolitik zu entwickeln, bis zu Positionen, die vor allem die Unterordnung wirtschaftspolitischer Vorstellungen der Grünen unter die Bedingungen marktwirtschaftlicher Verhältnisse kritisieren.



Natürlich ist der Begriff des Umbaus nicht zufällig gewählt — er wendet sich gegen Vorstellungen, die in dem Ausstieg aus der Industriegesellschaft die Voraussetzung zur Umsetzung grüner Vorstellungen in der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik sehen, sie setzen dagegen die Möglichkeit einer „Strategie der ökologischen Strukturreformen", durch die eine „Überwindung der Erwerbslosigkeit, Armut und Umweltzerstörung" wie der Untertitel des Programms heißt, erreicht werden soll.

Hubert Kleinert — einer der Sprecher für das Umbauprogramm, wandte sich auf dem Kongreß gegen das Verbleiben in Träumereien und nannte das Programm radikaldemokratisch, das sich auch an dem Anspruch des „Machbaren" messen lassen kann. Dabei sollen keine Grundsatzentscheidungen vorweggenommen werden, so heißt es in einem der Vorworte (eine Mehrheits- und eine Minderheitsposition hat jeweils ein eigenes erarbeitet): „Wir lehnen den Markt als wichtiges Instrument der Regulierung des Wirtschaftsprozesses nicht ab, wir vergöttern ihn aber auch nicht." Und gleich danach „Auch die Eigentumsfrage wird von uns nicht dogmatisch betrachtet: So sehr wir für die Förderung genossenschaftlicher Eigentumsformen eintreten und so sehr wir Vergesellschaftung in bestimmten Bereichen für eine sinnvolle Lösung halten, so wenig lehnen wir privates Eigentum grundsätzlich ab."

Was soll geändert werden?

Nun werden in dem folgenden Programm auf immerhin siebzig Seiten eine ganze Palette von Änderungen in den verschiedenen Bereichen der Wirtschaftspolitik gefordert, die wir hier natürlich nur auszugsweise behandeln können. In dem Kapitel für eine „Ökologische Wirtschaft" werden neben einer ökologisch orientierten Landwirtschaft und einer menschenfreundlichen Wohnpolitik, die Umstellung einer Verkehrspolitik weg vom Auto, hin zur Bahn und öffentlichem Nahverkehr durch Maßnahmen wie die Halbierung der Bahnpreise und die Erhöhung der Mineralölsteuer um 20 Prozent gefordert.

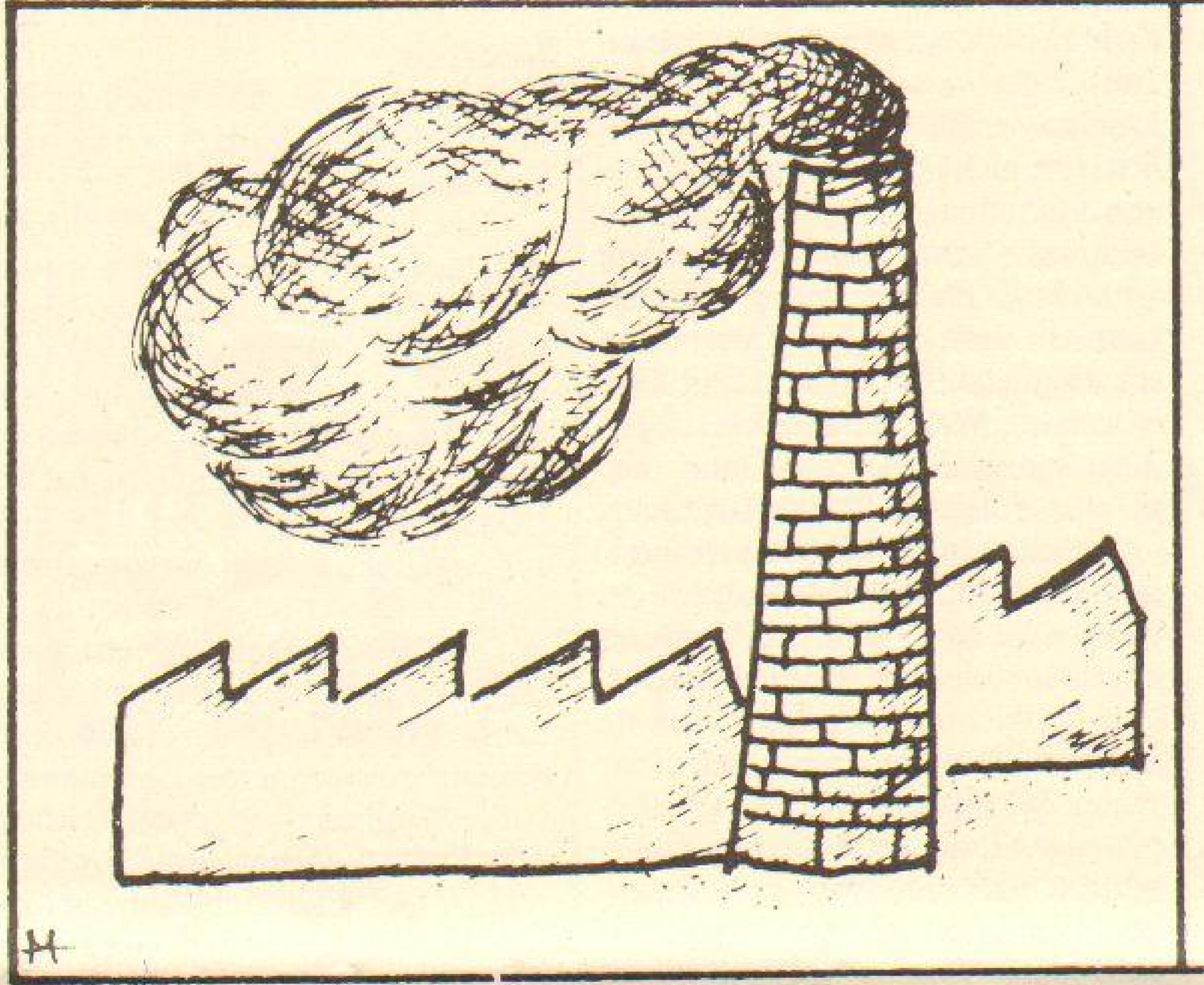
Die Umstellung der Abfallpolitik soll in einer drastischen Verminderung des Müllanfalls überhaupt und dem Verbot von Müllverbrennungsanlagen bestehen, und die Energiepolitik soll weg von der Kernenergie, stattdessen in der kurzfristigen Umstellung auf entschwefelte Kohle und langfristig auf nichtfossile (Sonne, Wind) Energieträger bestehen. Bei der Chemiepolitik wird das Verbot von besonders giftigen Stoffen und Umweltverträglichkeitsprüfungen gefordert und ein „Fonds für sanfte Chemie" geschaffen. In der Rüstungsindustrie wird die Kürzung der Militärausgaben, der Stopp des Rüstungsexports und die Umstellung der Produktion in Rüstungsbetrieben gefordert. In dem Kapitel „Schritte zu einer demokratischen und sozialen Wirtschaft" wird zum Abbau der Arbeitslosigkeit die Einführung der 35-Stunden-Woche, Teilzeitarbeit, das Verbot von Überstunden und der Ausbau von Freistellungsansprüchen (z.B. für private Krankenpflege) gefordert, darüber hinaus die Quotierung, d.h. bevorzugte Einstellung von Frauen im Arbeitsleben und die Erhebung einer Ausbildungsabgabe und überbetriebliche Ausbildungsplätze. In dem Kapitel zur Erweiterung der Rechte der Beschäftigten wird der Ausbau der betrieblichen Mitbestimmung, das Verbot von Leiharbeit sowie auf dem Gebiet der Unternehmensmitbestimmung die volle paritätische Mitbestimmung und die Einrichtung von Wirtschafts- und Sozialräten vorgeschlagen. Daneben die Förderung alternativer Betriebe und regionale Entwicklungsfonds für benachteiligte Gebiete. In dem Bereich der Sozialpolitik wird die Senkung der Honorare für Ärzte und Preisniveausenkung bei Medikamenten sowie der Ausbau des Gesundheitswesens gefordert, im Bereich der „Familienpolitik" die Streichung des Ehegattensplittings und die Erhöhung des Kindergeldes und für die Rentner und Arbeitslosen eine Grundsicherung auf 1200 DM.

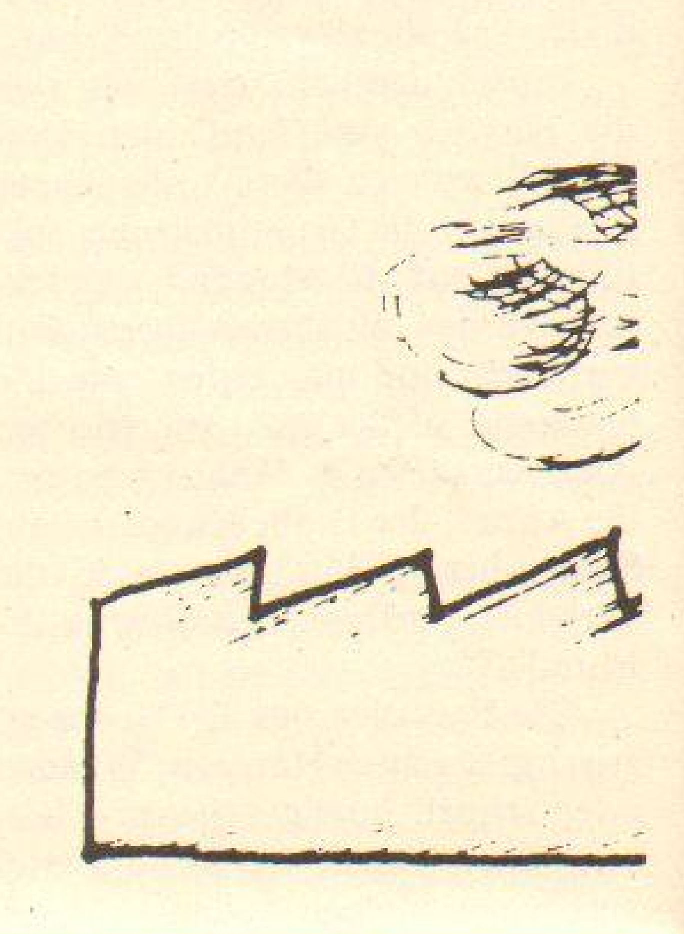


Angesichts dieser umfangreichen Forderungen drängt sich natürlich die Frage auf, wie Hubert Kleinert und die anderen Autoren das Kunststück fertigbekommen, daß dies nicht ein reiner Wunschkatalog bleibt, sondern sich an dem Anspruch messen lassen kann, „machbar" zu sein, ohne daß die Eigentumsfrage oder die Gesetze der kapitalistischen Marktwirtschaft dabei zum Problem werden.

Grüne Wirtschaftsreform — machbar?

Es ist gegen einen Anspruch, nachweisen zu wollen, daß Vorstellungen zur Veränderung dieser Gesellschaft auch realisierbar sind, ernstlich nichts einzuwenden. Der Reichtum dieser Gesellschaft ist groß genug, um Probleme wie Ar-





Wirtschaftspolitische Diskussion bei den Grünen

beitslosigkeit, Umweltzerstörung und Armut aus der Welt zu schaffen. So wird in dem Umbauprogramm große Mühe darauf verwandt, die Finanzierbarkeit und die Arbeitsplatzwirksamkeit (!) der in dem Programm vorgeschlagenen Veränderungen aufzuzeigen. Wie weit die konkreten Rechnungen (die als Anhang zu dem Programm mit abgedruckt sind) tatsächlich realistisch sind, sei dahingestellt, allein die Tatsache, daß dieser Versuch unternommen wird, ist positiv.

Ein Großteil der aufgestellten Forderungen erscheinen durchaus als vernünftige Antworten auf die drängenden Fragen, und wenn z.B. im Bereich der Energiepolitik nicht etwa die Einschränkung des Lebensstandards als Weg zum Ausstieg aus der Kernenergie, sondern im Gegenteil ein Programm zur Durchsetzung Energiepolitik ohne Kernenergie und mit umweltschonender Kohleenergie entwickelt wird, das auch noch die Schaffung von 190000 Arbeitsplätzen nach Rechnung der Autoren zur Folge hat, dann ist dies nicht nur faktisch ein Beschäftigungsprogramm (gegen das ja ansonsten wegen der „Wachstums"-frage eintreten), sondern hat die Chance, die Forderung nach Änderung der Energiepolitik zu beflügeln.

Wenn aber für eine offensive Umweltschutzpolitik als Mittel eine Fülle von staatlichen Maßnahmen bzw. eine umfangreiche Abgabenpolitik vorgeschlagen wird (Schadstoffabgabe, Grundwasserabgabe, Abwasser-, Stickstoff-, Verpakkungsabgabe usw.), dann unterscheidet sich ein solcher Ansatz ja nun nicht so fürchterlich von den Überlegungen anderer Parteien bis hin zur CDU, die in der Verteuerung für die Unternehmer den Hebel sehen, um sie zu bestimmten Maßnahmen zu zwingen, die sich aus der betriebswirtschaftlichen Logik von selbst nicht ergeben. Ohne dabei in diesem Zusammenhang auf das Problem einer Abgabenpolitik oder Auflagenpolitik (Verbote - Gebote) einzugehen, in der Entscheidung für eine umfangreiche Abgabenpolitik allerdings verraten sich die Autoren selber: Sie kalkulieren infolge der Abgabenpolitik eine Kostenüberwälzung der Unternehmer auf die Verbraucher mit ein und rechnen mit einer Verminderung der Einkommen (für die sie durch steuerliche Erleichterungen zum Teil für untere und mittlere Einkommen ausgleichen wollen). Hier deutet sich an, was unter der Überschrift des „Machbaren" die wohl notwendige Konsequenz ist, wenn die Konfrontation mit den Interessen der Unternehmer ausgeklammert wird. Während bei der Frage, ob ein solches Programm finanzierbar ist, die Verminderung der Einkommen durchaus einkalkuliert ist, findet sich auf der anderen Seite (übrigens im Gegensatz zum gerade beschlossenen Wahlprogramm zu den Bundestagswahlen) nicht an einer Stelle eine Überlegung, etwa über die Abschöpfung der Gewinne oder die Besteuerung hoher Einkommen, zur Finanzierbarkeit beizutragen. Auch wenn dies nicht ausdrücklich so gesagt wird — außer der Forderung nach Senkung des Rüstungshaushaltes befinden sich alle anderen Überlegungen stark in der Nähe einer These "alle müssen Opfer bringen".

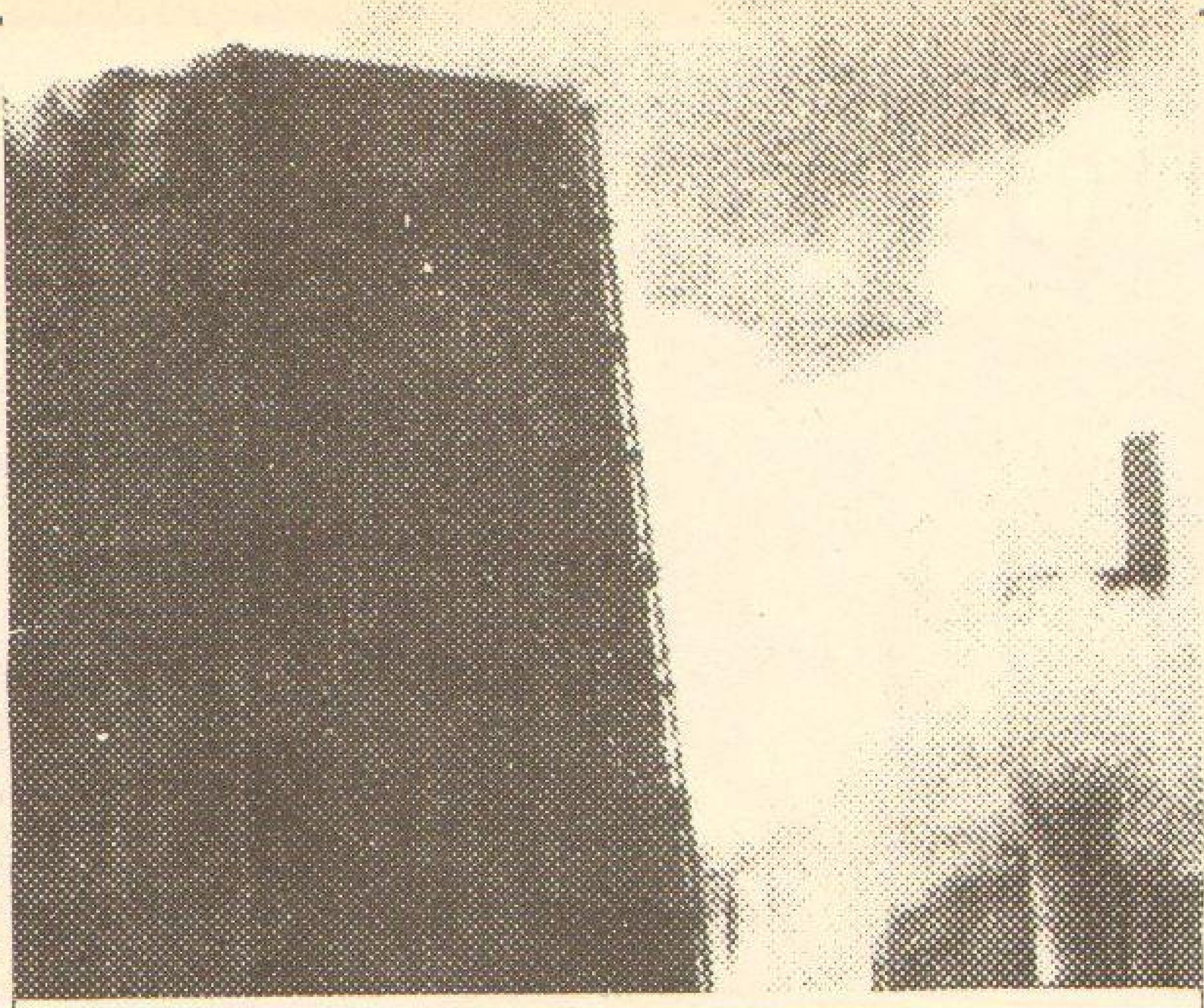
Die Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit

Das erklärt auch, warum in diesem Programm zwar massiv die Einführung der 35-Stunden-Woche als wichtigstes Instrument zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit gefordert wird, aber ausdrücklich kein Lohnausgleich, auch im Gegensatz zum Wahlprogramm, in dem dieser Lohnausgleich zumindest für die unteren und mittleren Einkommen gefordert wird, ohne daß aber bestimmt wird, was eigentlich diese ominösen mittleren Einkommen sind. Dieser Lohnausgleich ist nicht etwa zufällig aus dem Programm gefallen, sondern ausdrücklich schlagen die Autoren begleitende Maßnahmen wie Steuererleichterungen für untere und mittlere Einkommen vor, um „Wirksamkeit, Akzeptanz und Durchsetzbarkeit dieser von den Tarifvertragsparteien auszuhandelnden Wochenarbeitszeitverkürzung zu erhöhen." In diesem Zusammenhang von Akzeptanz zu sprechen, das kann nur bedeuten, daß den Kapitalisten die „Kostenneutralität" der Arbeitszeitverkürzung angeboten wird, sind sie doch bekanntlich die einzigen, die die Wochenarbeitszeitverkürzung genau aus Kostengründen nicht akzeptieren.

Der Hang zur „Kostenneutralität" in diesem Programm ist unverkennbar wie nicht nur die beiden eben genannten Beispiele zeigen, sondern was auch anhand der weiteren Vorschläge zur Überwindung der Arbeitslosigkeit wird. Neben der 35-Stunden-Woche sollen nach Rechnung dieses Programms 1,5 Millionen Vollzeitstellen in „neuartige Teilzeitstellen" umgewandelt werden. Das wäre immerhin die Verdoppelung (!) der gegenwärtigen Zahl von Teilzeitbeschäftigten. Selbst wenn man unterstellt, daß heute viele gerne teilzeitbeschäftigt werden wollen, dies entweder nicht dürfen oder denen eine solche Beschäftigung zu wenig abgesichert ist, dann hat diese Überlegung im Umbauprogramm wenig mit dem Eingehen auf diese Problematik zu tun. Eine Ausweitung der Teilzeitbeschäftigung mit der beschriebenen Arbeitsplatzwirkung wird praktisch gegen alle diejenigen gerichtet sein, die als sogenannte Doppelverdiener — d.h. vor allem Frauen — durch ihren „Besitz" eines Vollarbeitsplatzes sich unsolidarisch gegenüber den Arbeitslosen verhalten.

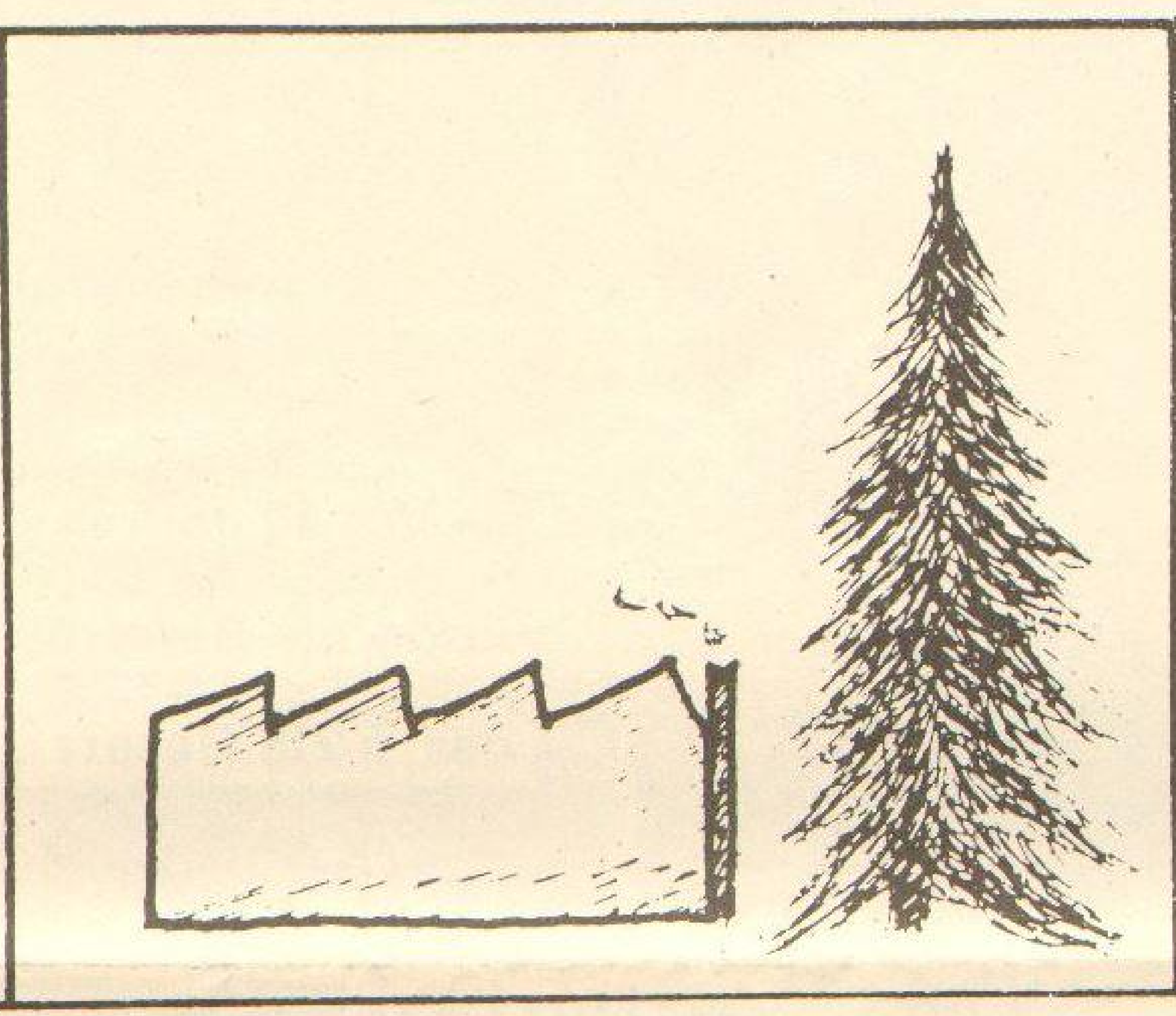
Es soll hier nicht darum gehen, dem Umbauprogramm die vollständige Unterordnung unter die Erfordernisse der kapitalistischen Marktwirtschaft zu unterstellen, dazu leistet es zu viel an Kritik und positiven Ansatzpunkten für die Beantwortung der Krisenerscheinungen und ihrer Folgen. Aber das Streben, die Machbarkeit grüner Vorstellungen ausschließlich in diesem Rahmen aufzuzeigen, fordert seinen Preis, wenn an keinem Punkt in dem Programm die zur Veränderung notwendigen Kräfteverschiebungen überhaupt benannt werden, wenn die Grenzen der Marktwirtschaft bei der Durchsetzung von „ökologischen, sozialen und demokratischen" Verhältnissen nicht einmal

benannt werden. Man muß ja nun wirklich nicht Marxist sein, um zu erkennen und benennen zu können, daß z.B. die Verkehrspolitik weg vom Auto hin zur Bahn und dem öffentlichen Nahverkehr nicht nur ein Problem der Haushaltsumschichtungen ist, nicht nur mit (zweifelhaften) Erziehungsmaßnahmen wie einer 20prozentigen Erhöhung der Mineralölsteuer zu tun haben wird, sondern auch das Problem aufwirft, ob ein Eingriff in die Verfügungsgewalt des Kapitals (z.B. zur Verhinderung einer Kapitalflucht) als richtig angesehen wird oder nicht. Das scheint mir auch einer der Gründe, warum strekkenweise dieses Programm doch eher den Charakter eines Wunschkatalogs annimmt, denn wirklich wirtschaftspolitische Perspektiven



Zauberformel?





von T. aus LÜBECK

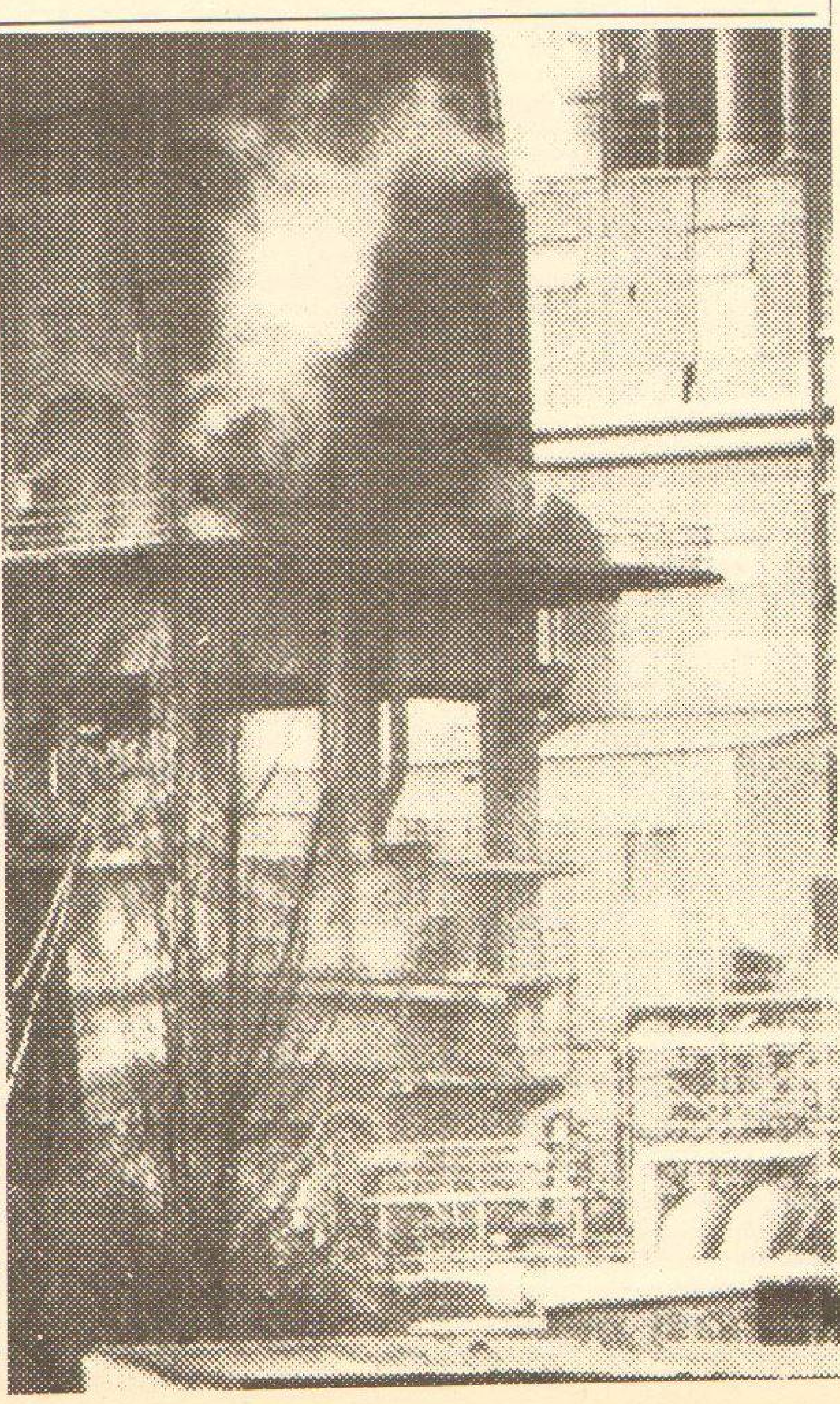
zu zeigen.

Die Forderung nach Stärkung der kollektiven Rechte der Beschäftigten, nach Stärkung der Gewerkschaften sowie die weitgehende Übernahme der Mitbestimmungskonzeption des DGB (paritätische Mitbestimmung und Wirtschafts- und Sozialräte) ist zwar wichtig in bezug auf die Frage, wie die Grünen sich zu den Auseinandersetzungen zwischen Arbeit und Kapital zu verhalten gedenken — sie ist aber zugleich die weitgehende Übernahme der sozialpartnerschaftlichen Konzeptionen, auch wenn an einer Stelle im Programm die gegenteilige Absicht erklärt wird.

Insgesamt vermittelt dieses Programm mehr den Eindruck des sich Einrichtens in den Bedingungen der kapitalistischen Marktwirtschaft, weshalb der „Arbeiterkampf" in diesem Zusammenhang zu Recht vom „grünen Godesberg" spricht, als daß hier ein Prozeß des Umbaus eingeleitet wird, „der die industriekapitalistische Wirtschaftsweise schrittweise überwindet", wie es in einem der Präambelentwürfe behauptet wird.

Sicherlich nicht nur ein Ergebnis der "Verparlamentarisierung" der Grünen, obwohl diese zweifellos einen erheblichen Druck in Richtung „Realpolitik" erzeugt, sondern aus der Alternative — Ausstieg aus der Industriegesellschaft oder nicht — läßt sich eine die Wirklichkeit erfassende Beurteilung einer Marktwirtschaft und ihrer Gesetzmäßigkeiten nicht bestimmen.

Das inzwischen vorliegende umfangreiche Änderungsantragsmaterial läßt aber eine interessante Diskussion im Herbst auf dem nächsten Kongreß erwarten.



Neue gesellschaftliche Formen des Eigentums?

„Linke" Variante im Umbauprogramm

Wie bereits in dem Artikel zum Umbauprogramm erwähnt, sind in dem Entwuf zwei Präambelvorschläge abgedruckt, wobei der zweite (das Minderheitenvotum) sich um eine weitgehendere antikapitalistische Kritik bemüht. Zwar wird dort ebenso wie im Mehrheitsentwurf die Möglichkeit ökologischer Strukturreform im Rahmen der gegebenen Bedingungen der kapitalistischen Marktwirtschaft ausgegangen, aber anders als im Mehrheitsentwurf wird langfristig eine Veränderung der Eigentumsfrage angestrebt. Es heißt dort:

„Aber ebenso gilt, daß die herrschenden Eigentums- und Verfügungsverhältnisse über die Produktionsmittel eine der Ursachen sind für die gesellschaftliche Fremdbestimmung und die Ausbeutung von Mensch und Natur. Eigentum in privaten — aber auch in staatlichen — Händen darf nicht länger der Machtausübung über andere Menschen, Zerstörung der Natur und Steuerung von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik ermöglichen.

Produktionsmittel und Banken sollen daher in neue gesellschaftliche Formen des Eigentums überführt werden."

In der Präambel bzw. dem Umbauprogramm selber findet sich keine Erklärung, was mit diesem neuen gesellschaftlichen Eigentum konkret gemeint ist. Eckard Stratmann, einer der Autoren in dem Umbauprogramm und Mitverfasser der Minderheitenposition, hat dazu jedoch einen ausführlicheren Artikel in der „Kommune" 1/2 1986 geschrieben. Stratmann setzt sich da mit dem tschechischen Wirtschaftsfachmann Ota Sik — Wirtschaftsminister in der Regierung Dubcek — auseinander und hält dessen dritten Weg zwischen kapitalistischer Marktwirtschaft und zentralisierter Planwirtschaft für modellhaft für die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der Grünen. Dort heißt es zur Definition des neuen gesellschaftlichen Eigentums:

„Nur wenn auf Unternehmensebene die Lohnarbeiter/innen auch Eigentümer des Kapitals seien (Mitarbeitergesellschaften), können sie ein Eigeninteresse an der Entwicklung des Unternehmens, des Kapitals und Gewinns entwickeln, könnte der Gegensatz Lohn und Gewinn an der Person des Mitarbeiters/Miteigentümers am Unternehmen aufgehoben werden."

Dieses so gestaltete Unternehmen muß sich dann durch die „Strukturmerkmale eines funktionierenden Marktes beißen, die da heißen: Wettbewerb, Leistungsprinzip bei der Einkommenserzielung, also Leistungslöhne und Unternehmergewinne bzw. Verluste bis zum Bankrott."

Dieser These von Ota Sik stimmt Stratmann — zwar mit einigen ideologischen Bauchschmerzen — zu, denn auch er sieht mit Ota Sik, daß „die Masse der Menschen vorrangig ökonomische Interessen (am Erwerbseinkommen) hat, solange müssen über den Markt die ökonomischen Leistungsanreize vermittelt werden." Eine, wie ich finde, sehr offenherzige Enthüllung, die etwas das Geheimnis lüftet, warum ihm als einer der Ökosozialisten eine Unterstützung des marktwirtschaftlich orientierten Umbauprogramms möglich ist. Er analysiert mit Ota Sik die Krisenursachen der kapitalistischen Wirtschaft nicht aus der Konkurrenz, sondern ausschließlich aus dem Verteilungskampf zwischen Kapital und Arbeit:

„Der Kampf um die Einkommensverteilung zwischen Unternehmerverbänden und Gewerkschaften erfolge blind für die Notwendigkeiten des Wirtschaftskreislaufs (Einkommensverteilung entsprechend der Kapitalproduktivitätsentwicklung); mal sei für eine Zeit die Gewinn- und Investitionsquote, mal die Lohn- und Konsumquote zu hoch mit der Folge von Überproduktions- bzw. Überkonsumptionskrisen."

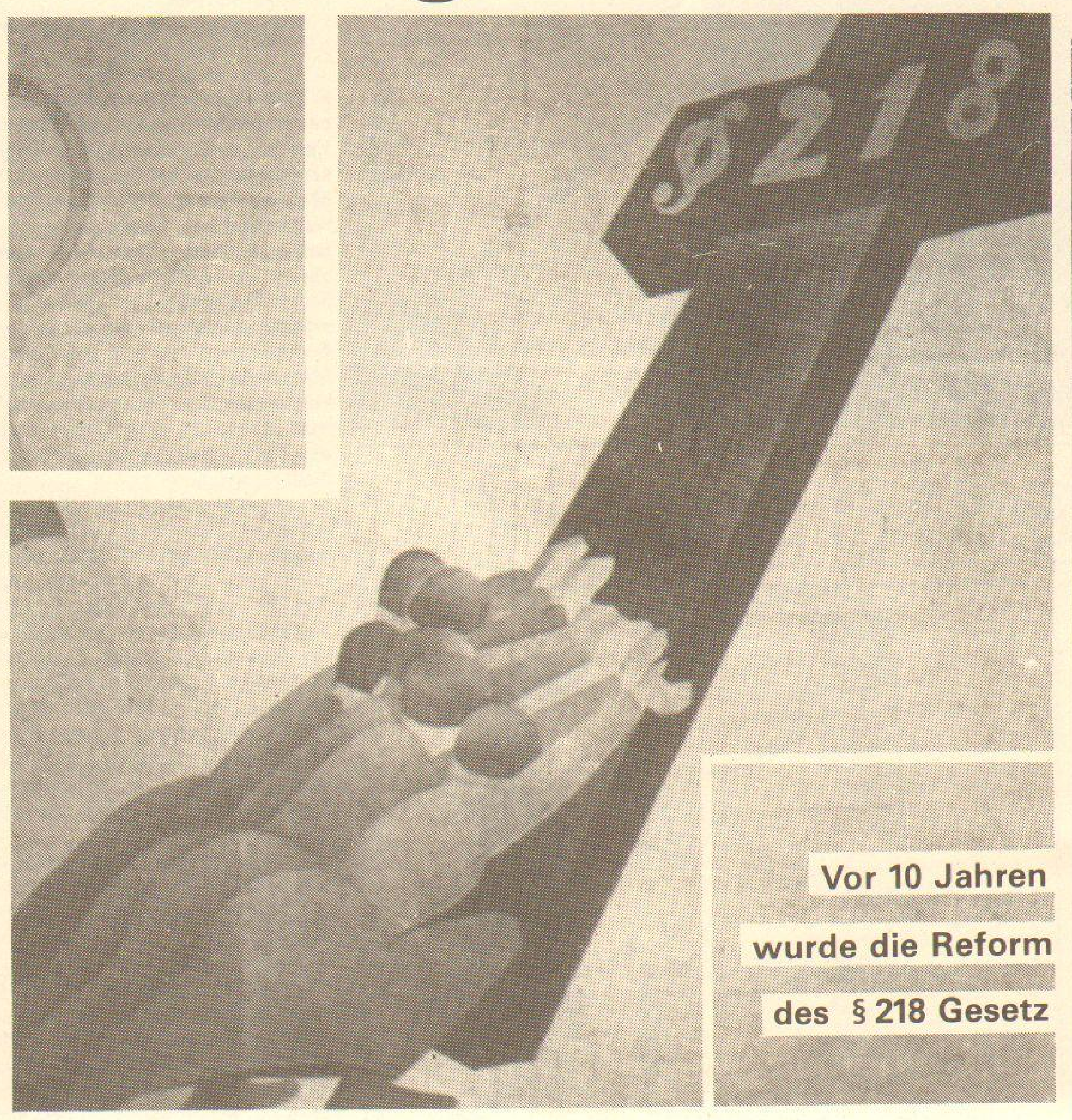
Mal abgesehen davon, welches Beispiel für eine Überkonsumtionskrise Ota Sik/Stratmann eigentlich liefern können, so ist eine solche Erklärung für Überproduktionskrisen blanker Unsinn. Die Konkurrenz als einer der entscheidenden Ursachen fällt nicht nur raus, sondern wird bei den „Mitarbeitergesellschaften" auch noch zum positiven Faktor der betrieblichen Effektivität, die einer gedeihlichen Entwicklung der Gesamtgesellschaft dienen soll. Das Streben nach betrieblicher Effektivität (in der Marktwirtschaft Voraussetzung zum Überleben) ist heute Ursache zum Beispiel für die Senkung des Kostenfaktors Lohn durch Rationalisierung und Entlassungen, betriebliche Effektivität bedeutet heute zum Beispiel, den Kostenfaktor Umwelt für den Betrieb so klein wie möglich zu halten. Warum, meint Eckard Stratmann, soll das in den sich „durch die Strukturmerkmale des Marktes" beißenden Mitarbeitergesellschaften anders sein?

Zwar sprechen auch Stratmann/Ota Sik von der Notwendigkeit einer gesamtwirtschaftlich demokratischen Rahmenplanung, aber eben auf dem Boden einer entwickelten Marktwirtschaft? Nun bestreitet doch auch heute nicht der heftigste Verfechter einer freien Marktwirtschaft die Notwendigkeit einer Rahmenplanung, z.B. über den Haushalt oder andere staatliche Mittel. Darum kann es also nicht gehen. Wenn eine gesamtwirtschaftlich, demokratische Rahmenplanung gerade nicht die beschriebenen Strukturmerkmale des Marktes außer Kraft setzt, wenn an die Stelle der betriebswirtschaftlich ausgerichteten Effektivität nicht die an den Gesamtbedürfnissen orientierte Planung tritt, dann wreden auch unter den Bedingungen von Mitarbeitergesellschaften dieselben Krisenerscheinungen und vor allem dieselben Folgen für die Produzenten die Folge sein, wie sie auch vonStratmann an der kapitalistischen Marktwirtschaft kritisiert werden. Dies aber, so erklären uns Stratmann/Ota Sik, geht nicht, weil die Masse der Menschen vorrangig ökonomische Interessen am Erwerbsleben habe, weshalb sie die ökonomischen Leistungsanreize brauche, die eben nur der Markt vermitteln kann. Ein mehr als auf den Betrieb gerichtetes ökonomisches Interesse der abhängig Beschäftigten, das scheint für sie undenkbar. Dann muß man sich wohl (mit ideologischen Bauchschmerzen) mit den Gesetzen der Marktwirtschaft arrangieren. Ein besonders origineller Weg ist das sicherlich nicht.

Am 21. Juni 1976 trat das Gesetz über die Reform der § 218/219 in Kraft. Die Reform stellt einen — zum Teil vom Bundesverfassungsgericht erzwungenen — Kompromiß dar, der alle zufriedenstellen und die heftige öffentliche Auseinandersetzung um den § 218 und die untrennbar damit verknüpften Fragen des Selbstbestimmungsrechts der Frauen und ihrer Rolle in der Gesellschaft beenden sollte. Heute, 10 Jahre danach, ist klar, daß das nicht gelungen ist. Das zeigen zum einen die immer neuen Versuche der Reaktion, vor allem der katholischen Kirche, eine öffentliche Verdammung der seit 10 Jahren rechtmäßigen Formen der Abtreibung zu erreichen. Das zeigen zum anderen die in letzter Zeit besonders von Gewerkschafterinnen massiv erho benen Forderungen nach einer grundlegenden Änderung des geltenden Rechts und der herrschenden Praxis.

von KARIN WAGNER

Die ungeliebte Reform



Vor 10 Jahren wurde die Reform des § 218 Gesetz

Verschiedene Gewerkschaftskonferenzen haben sich in den letzten zwei Jahren für die Streichung des § 218 ausgesprochen. Der folgende Text wurde u. a. vom Gewerkschaftstag der ÖTV 1984 und von der DGB-Frauenkonferenz 1985 verabschiedet. In eine ähnliche Richtung haben sich auch der Gewerkschaftstag der HBV 1984 und die Frauenkonferenz der IG Metall 1985 ausgesprochen.

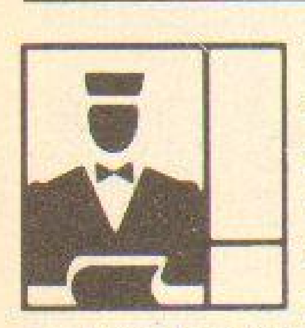
Die Delegierten fordern:

1. Streichung der §§ 218/219 aus dem Strafgesetzbuch.
2. Die Einrichtung von weiteren öffentlichen Familienberatungsstellen im gesamten Bundesgebiet einschl. Berlin-West sowie stärkere finanzielle Förderung durch öffentliche Mittel.
3. Sicherstellung der Krankenhausbetten.
4. Einrichtungen auch für ambulante Abbruchmöglichkeiten in Krankenhäusern.
5. Keine Erfassung der Betroffenen.
6. Keine Zwangsberatung.
7. Keine medizinischen Tests an Frauen bei der Schwangerschaftsabbrechung (entsprechend den WHO-Richtlinien).
8. Umfassende Aufklärung über Empfängnisregelung/Empfängnisverhütung, beginnend bei Jungen und Mädchen in der Schule, ferner über Medien etc.; Einrichtungen bzw. Ausbau der entsprechenden Beratungsstellen.
9. Ausgabe von kostenlosen und schonenden Verhütungsmitteln für Männer und Frauen auf Krankenschein.
10. Schwangerschaftsabbrechungen sollen weiterhin Leistung der Krankenkassen (RVO) bleiben, unabhängig von der Indikation.
11. Keine Streichung der sozialmedizinischen Dienste.

Die Kriminalisierung legaler Schwangerschaftsabbrüche wird verurteilt. Alle gewerkschaftlichen Gremien werden aufgefordert, sich für diese Ziele einzusetzen. Um diese Ziele zu erreichen, ist es erforderlich, die Diskussion um die §§ 21 /219 StGB wieder zu beleben.

● (11. DGB – Bundesfrauenkonferenz 1985)

Weg mit § 218!



10 Jahre Erfahrung mit dem reformierten § 218 machen seine Nachteile sehr deutlich. Seit 10 Jahren dürfen Frauen zwar in bestimmten Fällen legal abtreiben. Aber nur, wenn sie sich 1. mindestens drei Tage vor dem Eingriff einer Beratung in einer anerkannten Beratungsstelle unterziehen; wenn sie 2. von einem Arzt die notwendige Indikation gestellt bekommen; wenn sie 3. diese Indikation von einem anderen Arzt (in einer Praxis oder in einem Krankenhaus) bestätigt bekommen und der Abbruch dort auch vorgenommen wird. Ein demütigendes Spießrutenlaufen also.

Dazu kommt, daß seit 1976 der Schwangerschaftsabbruch in bestimmten Fällen zwar legal ist, die Frauen aber trotzdem keinen Anspruch auf entsprechende ärztliche Hilfe haben. Denn erstens haben Ärzte und ärztliches Hilfspersonal das Recht, die Mitwirkung an einem Schwangerschaftsabbruch zu verweigern und zweitens haben die Bundesländer die Möglichkeit, mit Hilfe entsprechender Verwaltungsvorschriften die tatsächlichen Möglichkeiten zum Schwangerschaftsabbruch erheblich einzuschränken. Was vor allem in Baden-Württemberg und in Bayern auch in großem Umfang passiert.

Die Abschaffung des geltenden § 218 zugunsten einer Fristenlösung, die beispielsweise einen Schwangerschaftsabbruch in den ersten drei Monaten generell legalisiert, würde sicherlich einen großen Fortschritt bedeuten. Aber für wie lange und mit welchem Bestand?

Denn auch die Fristenlösung ist ein Kompromiß. Ein Kompromiß zwischen den Interessen der Frauen und ihrem Recht auf Selbstbestimmung und den Kräften, die die Frauen mit Hilfe des Strafgesetzbuches zwingen wollen, ihre „natürliche" Bestimmung als Mütter zu akzeptieren. In dieser Frage darf es aber keinen Kompromiß geben. Hier ist eine klare Entscheidung notwendig. Deshalb muß der § 218 ersatzlos aus dem Strafgesetzbuch gestrichen werden.

Diese Forderung durchzusetzen, wird sicher nicht einfach sein. Trotzdem steht in diesem Fall das Argument, die Forderung nach der Fristenlösung sei „realistischer", weil leichter durchsetzbar, auf tönernen Füßen. Es hat sich schließlich gezeigt, daß die Fristenlösung in Wahrheit sehr schwer durchsetzbar ist. So schwer, daß es 1974/75 immerhin unmöglich war.

Tatsache ist: Gerade in der Frage des § 218 reicht es mit Hilfe eines „Realismus", der reaktionären Widerstand nicht brechen, sondern mit Zugeständnissen beruhigen will, der Durchbruch nicht zu schaffen. Das haben die letzten zehn Jahre mit den zahllosen Versuchen der Reaktion, die ideologischen, politischen und juristischen Lücken der geltenden Regelung für ihre Zwecke auszunutzen, sehr deutlich gezeigt.

Aber auch die Streichung des § 218 reicht noch nicht aus. Frauen müssen nicht nur abtreiben **dürfen**, wenn sie das für richtig halten, sondern auch abtreiben **können**. Das bedeutet, daß eine grundlegende Reform zugunsten der Frauen auch eine Garantie auf die nötige ärztliche Versorgung einschließen muß. D. h. der Staat muß dafür sorgen, daß überall, in der Stadt und auf dem Land, ausreichend Einrichtungen für einen solchen Eingriff vorhanden sind.

Die „natürliche" Bestimmung der Frau

Wie kam es zur heute gültigen Reform des § 218?

Den Gegnern des Rechts auf Abbruch einer ungewollten Schwangerschaft geht es vor allem um zweierlei: um bevölkerungspolitische Ziele („Die Deutschen sterben aus!") und um die Verteidigung der „natürlichen" bzw. gottgewollten Bestimmung der Frau als Mutter. Beides, der völkische und der Mütterlichkeitswahn wurden von den Nationalsozialisten zur schrecklichen Perfektion getrieben. Dementsprechend wurde der Schwangerschaftsabbruch mit der Todesstrafe bedroht — allerdings nur bei den sogenannten Arierinnen.

Dieses nationalsozialistische „Recht" galt in der Bundesrepublik bis 1953. Dann wurde die Androhung der Todesstrafe gestrichen. Entwürfe der Bundesregierung für ein neues Strafgesetzbuch sahen jedoch weiterhin schwere Strafen vor (Zuchthaus bis zu zehn Jahren bei schweren Fällen). Begründung: Bestand und Lebenskraft des Volkes müßten erhalten werden. Erst im Juni 1969 wurde das Strafmaß herabgesetzt.

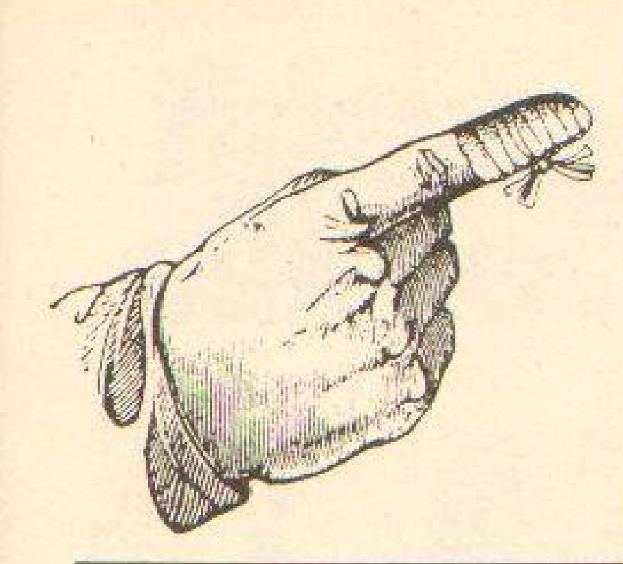
Die Debatte um eine gründliche Gesetzesreform begann 1970, als eine Gruppe von Strafrechtsprofessoren und die Humanistische Union Entwürfe für sogenannte Fristenmodelle vorlegten, für Regelungen also, die bis zu einem bestimmten Zeitpunkt der Schwangerschaft grundsätzlich Straffreiheit vorsehen. Die Reaktion, allen voran die katholische Kirche, lief Amok gegen die geforderte Reform. Zum ersten Mal schrieb die katholische Presse „vom größten Auschwitz der Geschichte".

Auf der anderen Seite war die beginnende Debatte der Anlaß für die bis dahin größte Mobilisierung von Frauen in der Bundesrepublik. Frauen bekannten öffentlich, abgetrieben zu haben und führten zahllose Aktionen gegen den bestehenden § 218 durch. Sehr viele Frauen forderten die ersatzlose Streichung des Paragraphen. Die Mehrheit der § 218-Gegnerinnen trat allerdings für die von den Gewerkschaften und der SPD favorisierte Fristenlösung ein. Es waren aber Frauen aus beiden „Lagern", die mit der Parole „Mein Bauch gehört mir" deutlich machten, daß es ihnen in ihrem Kampf gegen den § 218 nicht nur darum ging, legal und straflos abtreiben zu können, sondern um das anerkannte Selbstbestimmungsrecht in der Frage, ob sie ein Kind haben wollen oder nicht, ob sie Mutter sein wollen oder nicht — um ihr Selbstbestimmungsrecht als Frauen überhaupt.

Diese Breite und Intensität der Bewegung bewirkte, daß ein Indikationsmodell, das die damalige sozialliberale Regierung als Gesetzentwurf vorlegen wollte, zugunsten eines Fristenmodells, das 1973 im Bundestag eingebracht wurde, zurückgezogen wurde. Eine Minderheit von 17 SPD-Abgeordneten blieb allerdings bei dem Indikationsmodell und legte es alternativ dem Bundestag vor. Diesen beiden Gesetzentwürfen von SPD und FDP standen zwei Gesetzentwürfe der Unionsparteien gegenüber. Der Entwurf der Unionsfraktionen sah Straffreiheit bei einem Schwangerschaftsabbruch nur im Falle der medizinischen und ethischen (bei Vergewaltigung) Indikation vor. Ein Alternativentwurf des damaligen Familienministers Bruno Heck sah Straffreiheit ausschließlich bei medizinischer Indikation vor.

Im April 1974 stimmte die Mehrheit des Bundestages dem Fristenmodell zu. Nachdem die Ablehnung des Gesetzentwurfes durch den Bundesrat vom Bundestag zurückgewiesen wurde, erwirkte Baden-Württemberg eine einstweilige Verfügung beim Bundesverfassungsgericht, die das Inkrafttreten des Gesetzes verhinderte. Nur wenige Tage später riefen 193 Mitglieder der Unionsfraktionen im Bundestag und fünf Landesregierungen das Bundesverfassungsgericht an, um die Verfassungswidrigkeit des Gesetzes feststellen zu lassen.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts erging im Februar 1975. (1975 war übrigens das Jahr der Frau!). Mit zwei Gegenstimmen befand das Gericht die Fristenlösung für unvereinbar mit dem Grundgesetz. Und zwar, weil dadurch erstens das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit und zweitens die Würde des Menschen verletzt werde! Daraufhin legte die Bundesregierung dem Bundestag den Entwurf für ein Indikationsmodell vor, das im Februar 1976 verabschiedet wurde. Der Bundesrat lehnte auch dieses Gesetz ab. Es trat aber am 21. Juni 1976 trotzdem in Kraft.



leserbrief

Staats-Terrorismus

In dem Leserbrief aus Karlsruhe wird völlig vergessen, daß außer den Grünen niemand, weder im Parlament noch in den Hetzsendungen des Fernsehens, das US-Gangsterstück auf gleiche Stufe mit Terror gestellt hat. Wer das aber nicht macht, rechtfertigt, ob gewollt oder nicht, die Schweinerei als „Vergeltung". Die Kritik von SPD und Teilen der FDP bezog sich doch lediglich darauf, daß Gewalt kein effektives Mittel bei der „Terror-Bekämpfung" sei (keine **militärische** Gewalt, wohlgemerkt; „Ben Wisch" bekam im Fernsehen ein verklärtes Antlitz, als er von der GSG 9 schwärmte). Eben keine eindeutige Verurteilung, wie Thomas meint, sondern solidarische Kritik am Vorgehen der Cowboys. Über das, was zu der Erklärung Kohls gesagt wird, lieber Schweigen.

Auch die unterschiedliche Haltung im NATO-Bündnis zu der „militärischen Operation" Reagans beschränkt sich m. E. mehr oder weniger auf die Effektivität, auf sonst nichts. Wo war die Abscheu vor der Gewalt, die bürgerliche Politiker bei jedem Anschlag vermeintlicher oder tatsächlicher „Terroristen" an den Tag legen? Wo der Ekel vor der „Pest des Terrorismus", auch so'n Schlagwort. Die USA haben einen souveränen Staat bei Nacht und Nebel überfallen, Menschen niedergemordet. Wer das verurteilen will, der muß das schon anders tun, als es die SPD getan hat.

Achim, Dortmund

Anti-AKW-Bundeskonferenz

vom 27. - 29. Juni in Frankfurt, Universität, Senckenberganlage. Kontakt: **Frankfurter Arbeitskreis gegen Atomanlagen, c/o Anti-Atombüro, Rodlindstraße 58, 6000 Frankfurt, Tel. (069) 497599 (von 16 - 20 Uhr).**

Einsendungen für den Materialreader zur Konferenz müssen bis zum 14. Juni in Frankfurt sein; der Reader kostet DM 10,— inkl. Unkosten für die Konferenz.

Geplanter Konferenzablauf: Freitag, 27.6. um 19 Uhr, Auftaktveranstaltung „Anti-WAA-Bewegung und Atomstaat" mit BI-Vertretern aus Wackersdorf und dem Wendland. Samstag, 28.6. um 9.30 Uhr: Auftaktplenum, ab 14 Uhr diverse Arbeitsgruppen. Ab 19 Uhr Kulturveranstaltung. Sonntag, 29.6. um 9 Uhr: Abschlußplenum, Positionsbestimmung und weitere Aktionsplanung.

Aufrufer: Zeitschrift „atom" Redaktionen Göttingen und Lüneburg; bayerische Zeitschrift „radiaktiv"; BBA Bremen; Frankfurter Arbeitskreis gegen Atomanlagen; LAGA Lüneburg; BIs aus Kassel, Wiesbaden, Marburg, Gießen, Bonn und Wuppertal; Initiative Kirche von unten; der KB und die Falken.

Anti-AKW-Termine

14. Juni: Große Kundgebung in der hessischen Landeshauptstadt **Wiesbaden.** Unter dem Motto „Hessen belagern den Landtag — Abschaltung aller Atomanlagen" rufen die Veranstalter der Biblis-Demonstration vom 24.5. auf. Sprecher/innen auf der Kundgebung sollen sein: Margarete Mitscherlich, Klaus Traube, Maria Mies und Alexander Schubart.

15. Juni: Demonstration gegen die Inbetriebnahme des **AKW Cattenom** in Frankreich. Aufrufer ist die Interregionale Koordination von Parteien und BIs aus Frankreich, Luxemburg, dem Saarland und Rheinland-Pfalz.

11 Uhr: Treffen in Mondorf le Bains (Luxemburg). 12.30 Uhr: Grenzübertritt nach Frankreich. 14 Uhr: Demonstration und Kundgebung in Cattenom. Sollte Frankreich einmal mehr die Grenzen für AKW-Gegner/innen schließen, soll die Kundgebung in Mondorf stattfinden mit anschließenden Grenzblokkaden.

Um der Saar-SPD die Teilnahme als Aufrufer zu ermöglichen, verzichteten Teile der Grünen und einige BIs auf die Forderung nach sofortiger Stillegung aller Atomanlagen, jetzt heißt es nur noch Stillegung. Mehrheitlich entschieden sowohl Luxemburger als auch Bundesdeutsche, die Abschlußkundgebung nicht direkt am AKW stattfinden zu lassen, sondern im Dorf Cattenom.

21. Juni: Anti-AKW-Strategietag in den Niederlanden. U.a. soll das Vorgehen gegen den „Schnellen Brüter" in Kalkar und eine mögliche Demonstration im Herbst beraten werden.

Kontakt: **Landelijk Platform tegen Kernenergie, p/a Tweede Weteringsplatsoen 9, Amsterdam, Tel. (020) 221366.**



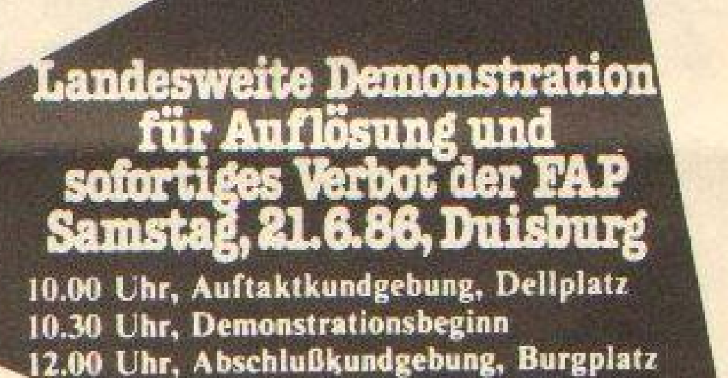
Sonderdruck zum Ausstieg

Um die Kampagne zum Ausstieg aus der Atomenergie zu unterstützen, ist eine Sondernummer der Zeitschrift „Publik-Forum" unter dem Titel "Strom ohne Atom — Leben ohne Angst" in einer Auflage von 500000 Stück produziert worden. Darin wird „das Szenario des Ausstiegs aus der Atomenergie und des Einstiegs in die Energiewende als realistisch und machbar vorgestellt und die Argumente der Atomindustrie entkräftet", so die Herausgeber in ihrer Ankündigung. Die Broschüre wurde vom "Publik-Forum", der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste, dem Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND), der katholischen Landjugendbewegung und dem Öko-Institut in Freiburg herausgegeben, Weiterverteiler werden noch gesucht!

Bezugsadresse: Publik-Forum, Postfach 700771, 6000 Frankfurt 70. Preis für 20 Stück ist 12,50 DM, für 100 Stück 35 DM und für 1 000 Exemplare 200 DM. Dazu kommen die jeweiligen Versandkosten.

Nicaragua muß überleben!

Acht deutsche Brigadisten waren in Nicaragua entführt, die an einem längerfristigen Projekt zum Häuserbau für Flüchtlinge aus umkämpften Gebieten beteiligt waren. Die Contra versucht so, weitere Brigaden massiv abzuschrecken. Doch wir lassen uns nicht abschrecken. Wir sind Brigadisten, die demnächst nach Nicaragua fliegen, um an diesem Projekt weiterzuarbeiten. Aber wir brauchen noch Geld für Werkzeug, für Ausrüstung und Transport. Arbeitsbrigade für Jacinto Vaca, Sonderkonto Martin Schellenberg, Kontonr. 534 215-308, Postgiroamt Hannover, BLZ 25010030. Kontaktadresse: Martin Schellenberg, Erderstr. 10, 3000 Hannover 91, Tel.: (0511) 2109525 und Christian Eggers, Pinnasberg 72, 2000 HH 4, (040) 316550.



Hinweis: Das RM „zum thema": FAP-Verbot (letzte Nummer) kann noch bestellt und zur Mobilisierung vor Ort eingesetzt werden. Die Redaktion des RM nimmt gerne eure Bestellungen entgegen.

Anträge an den Parteitag

Anträge an den Sonderparteitag der KPD zum Statutentwurf.

5

Zu 3. Mitgliedschaft:
Am Ende des 1. Abschnitts (hinter „... zum Parteitag zu stellen.") wird eingefügt:

„Aufgabe der Leitungen ist es, für die Mitglieder die Parteiöffentlichkeit herzustellen und auf an sie gerichtete Fragen und Kritiken in angemessener Zeit schriftlich zu antworten."

Begründung:
Die unter „Organisationsprinzipien" angeführten Aufgaben der Leitungen halte ich für zu allgemein. Angesichts der Schludrigkeit, mit der in der KPD so manche Kritik behandelt wurde, ist es angebracht, obige Pflichten einmal festzuhalten.

Wolfgang, Kiel

6

Zu 6. Parteiverfahren, Ausschluß
a. hinter: „... Funktionen mißbraucht" wird eingefügt:
„• grob gegen die innerorganisatorische Demokratie verstößt,"
b. dahinter wird eingefügt:
„• durch sein persönliches Verhalten fortwährend gegen kommunistische Werte verstößt, indem er körperliche und/oder geistige Überlegenheit nutzt, um andere Menschen zu quälen, zu schädigen oder zu unterdrücken."

Erläuterung:
zu b.
Klar sollte sein, daß das Problem Gewalt gegen Schwächere in erster Linie keine Frage parteischädigenden Verhaltens ist. Es ist vielmehr ein Problem, das bei der Schaffung des „neuen Menschen" gelöst werden muß. Darüber sollten wir uns darüber klar sein, daß es heute in unserer Organisation wohl kaum einen Menschen gibt, der nicht dazu neigt, in bestimmter Situation seine Überlegenheit unsolidarisch auszunutzen. Weiter muß klar sein, daß Gewalt gegen Schwächere Ausdruck von Unwissenheit und sozialem wie psychischem Elend ist. Wir müssen uns deshalb vor inquisitorischem Vorgehen sehr hüten. Selbst in den schlimmsten Fällen sollte immer erst versucht werden, solidarisch zu diskutieren, zu helfen und die Ursachen offenzulegen. Ich habe bewußt eine allgemeine Formulierung gewählt, damit die Gewalt gegen Kinder miteinbezogen ist.

Wolfgang, Kiel

7

Zu 2. Organisationsprinzipien
a. In 2.2 zweiter Absatz werden die Worte „Delegiertinnen und" ersatzlos gestrichen.

Begründung: Das Wort Delegiertinnen existiert in der deutschen Sprache nicht. Eine Neuschöpfung halte ich nicht für sinnvoll.

b. Es wird ein Absatz 2.6 eingefügt, der wie folgt lautet:
„6. Privates und politisches Leben sind nicht voneinander zu trennen. Deshalb ist es Aufgabe der Grundorganisationen, sich auch um die persönlichen Verhältnisse der Mitglieder zu kümmern und ihre Bedingungen bei der Umsetzung von Politik zu berücksichtigen. Letzteres gilt auch für die Leitungen. Das Bestrafen von extremem Fehlverhalten ist in Ausnahmefällen notwendig, um Schaden von der Partei abzuwenden, auch wenn es im Widerspruch zum Ziel der Partei — der kommunistischen Gesellschaft — steht."

Erläuterung:
Es geht mir vor allem darum, festzuschreiben, daß Parteiverfahren nicht die „normale" Reaktion auf Fehlverhalten von Genossinnen und Genossen sein kann.

Wolfgang, Kiel

8

Zu 7.1 Ortsgruppen
Der letzte Satz „Die Sitzungen der Ortsleitung werden von der/dem Vorsitzenden einberufen." wird gestrichen.

Begründung:
Es gibt keinen Sinn, den Ortsleitungen per Statut vorzuschreiben, eine/n Vorsitzende/n zu wählen. Ob sie einen brauchen, können sie selbst besser beurteilen. Die Festlegung auf Vorsitzende/n, Stellvertreter/in, usw. bedeutet eine unnötige Hierarchisierung, widerspricht dem Prinzip kollektiven Arbeitens und kollektiver Verantwortung und ist von der Parxis eh längst überholt.

Wolfgang, Kiel

9

Zu 7.3 Landesverbände
a. Der in der 3. Zeile des 3. Absatzes von c. hinter „... mindestens 3 Mitgliedern" beginnende Nebensatz wird gestrichen und ersetzt durch: „darunter ein/e Kassierer/in."
b. Im darauffolgenden Satz wird gestrichen: „werden von der/dem Vorsitzenden einberufen".
c. Der letzte Absatz von 7.3 Landesverbände wird wie folgt abgeändert:
„Die Landesschiedskommission besteht aus drei Mitgliedern."

Wolfgang, Kiel

Schreckensmeldung aus Queretaro

Beckenbauer Gehirnzerrung



Rummenigges Muskel, Briegels Schulter und jetzt auch noch Beckenbauers Hirn. Zwei, drei scheinbar harmlose Gedankensprünge auf der gestrigen Pressekonferenz, schon war's passiert: Gehirnzerrung. Der Kaiser hat sich zuviel zugemutet. Folge: ein Blackout nach dem anderen. Die Fans murren. Der Teamchef unserer Nationalmannschaft kann sich unmöglich aufführen wie ein x-beliebiger Bundeskanzler. In Mexiko geht's schließlich um Deutschland.

Seiten 8 und 9

Wackersdorf Hamm-Uentrop

Ghaddafis Agenten überall

Der Libysche Terroristenchef Ghaddafi hält uns weiter in Atem. Pfingsten in Wackersdorf: Angehörige des sogenannten Volksbüros, diese Bezeichnung hat der Revolutionsphantast für die libyschen Botschaften in aller Welt angeordnet, eröffnen als westdeutsche Chaoten verkleidet einen Krieg gegen die Polizei.

Hamm-Uentrop: hinterhältiger Anschlag von Ghaddafi-Terroristen auf den sichersten Atomreaktor der Welt. Ein libysches Kommando schlich sich in unmittelbare Reaktornähe und streute radioaktives Material aus. Ghaddafis Rechnung ging auf: die nordrheinwestfälische Landesregierung (SPD) erwies sich wieder einmal als nützlicher Idiot des internationalen Terrorismus und legt Deutschlands Zukunftshoffnung vorübergehend still.

Die Geduld von Helmut Kohl geht zu Ende: „Gewalt ist kein Mittel der Politik. Aber das nächste Mal werden wir unsere amerikanischen Freunde noch besser verstehen."

Samstag, 7. Juni 1986 • 50 Pf

Nr. 251/4 • Druck in Kettwig • 104 • ★★★ RW

Blind

WAHNSINNIG • ORDNUNGSLIEBEND

☎ Leser-Telefon: 0231 / 433691 ☎

Chaoten gegen Arbeiter

Fanatisch demonstrieren sie wieder zu Zigtausenden. Die grünen und linken Chaoten. Und die SPD macht mit. Sie fordern: Atomkraftwerke abschalten. Was sie wirklich wollen: Unsere Wirtschaft soll zusammenbrechen. Millionen Arbeitsplätze vernichtet. Blüm bereitet in größter Eile den Entwurf eines Arbeitsplatzsicherungsgesetzes vor. Es soll hartes Durchgreifen gegen die Arbeitsplatzfeinde ermöglichen: Demonstrationsverbot im Umkreis von 50 km um jedes AKW, Vermummungsumgehungsverbot (wer sich nur deshalb nicht vermummt, um nicht als Chaot aufzufallen, macht sich strafbar), wenn die Polizei energisch handelt, um eine vermeintliche oder tatsächlich akute Bedrohung von Arbeitsplätzen abzuwenden, fällt das künftig unter den Begriff der putativen Notwehr. Wie Norbert Blüm für unsere Arbeitsplätze kämpft, wie der rot-grüne DGB die Arbeiter verrät — Lesen Sie auf Seite 2.

Goldene Zahl

Heute 4 x 400 Mark zugewinnen

5 2 6 8 5 4 3 1 9



Tippen Sie die Strahlendosis (in Kilo-Becquerel), die Ihr Liter Frischmilch heute enthalten soll. Alle Werte natürlich völlig unbedenklich.

F 863240	J 372495
M 581603	V 989176

Goldregen

8. Spiel! Alle bisher veröffentlich-ten Zahlen auf Seite 2. Spielregeln Seite 3

Panikmache Nein Danke

Zerstörtes Familienglück im rot-grün chaotisierten Hessen. Tagelang weinte der siebenjährige Michael K., weil er nicht auf seinen Spielplatz durfte. Kater Karlo, seit Tagen ohne Frischmilch, randalierte durch die enge Sozialwohnung. Da hielt es die Mutter nicht mehr aus. Sie brannte durch und lebt jetzt in einer Frauenkommune auf einer griechischen Insel. Der Vater, zurückgelassen mit Kind und Kater, verlor jeden Halt: Alkohol. Ein Beispiel von vielen. Schuld sind die Panikmacher, die verantwortungslosen Ideologen der Angst. Sie zerstören unsere Sicherheit, unsere Familien, unser kleines Glück.

Schluß damit! Eine Blitz-Dummfrage der BLIND-Zeitung hat ergeben: Millionen Deutsche wollen keine Angst mehr haben.

Russenstrahlen! Verteidigungslücke!

Unsichtbar, lautlos, heimtückisch huschen die russischen Strahlen durch den Eisernen Vorhang — und bedrohen uns alle. Das Schlimmste: Nichts kann sie aufhalten, der Westen ist wehrlos. Das ist das erschreckende Ergebnis einer Studie, die das Bundesverteidigungsministerium gestern im Auftrag des Pentagon veröffentlichte. Präsident Reagan sorgt sich um unsere Sicherheit. Heute wird er auf einer Pressekonferenz zu der bedrohlichen Situation Stellung nehmen. Durch eine große gemeinsame Anstrengung aller Bündnisländer soll ein bombensicheres Strahlenabwehrsystem an den Grenzen zum Ostblock aufgebaut werden. Bundeskanzler Kohl: „Wir stehen fest zu unseren amerikanischen Freunden. Die deutlich gewordene Verteidigungslücke muß geschlossen werden."

Nachrichten

Boris siegt

Paris — Nach so vielen Enttäuschungen endlich wieder ein Sieg für Boris. Nachdem er zunächst gegen Lendl aus dem Turnier geflogen war, revanchierte er sich anschließend durch einen überzeugenden Sieg im Weitspucken. Ein Erfolg, der dem jungen Boris, der in einer schwierigen Phase seiner Entwicklung steckt, hoffentlich Mut für Wimbledon gibt.

Lambsdorff unschuldig

Bonn — Graf Lambsdorff, Bonns mutigster Streiter für die freie Marktwirtschaft, ist unschuldig. Das steht fest. Nichts hat er zu tun mit dem Skandal um den gewerkschaftseigenen Baukonzern Neue Heimat. Die Weste des ehemaligen Wirtschaftsministers ist wieder blütenweiß. Zu klären sind nur noch einige Fragen, die dadurch entstanden sind, daß unfähige Finanzbeamten nicht in der Lage waren, Zahlungen des Flick-Konzerns ordnungsgemäß zu erfassen.

Terrorist gefaßt

Bei dem Versuch, einen mit Dynamit gefüllten Feuerlöscher im Gebäude der Karlsruher Bundesanwaltschaft zu verstecken, wurde gestern von der örtlichen Polizei ein gewisser Ernst Albrecht, leitender Angestellter in einem Bundesland, gefaßt.

Sozialmieten nicht teurer

Bonn — In naher Zukunft wird Schluß sein mit der Verteuerung der Sozialmieten, versprach Bauminister Oscar Schneider (CSU). Noch besser: im Zuge der Bereinigung des Neue-Heimat-Skandals sollen die teuren Sozialmieten überhaupt abgeschafft werden.

Gewinnzahlen

Daimler + 12, Deutsche Bank + 10, Commerzbank + 8, BMW + 7,5, Hoechst + 7, BASF + 7

„Strahlendes Glück" (Deutscher Spielfilm). Liebe stärker als der Tod. Herzerfrischend: trockener Humor mit Harald Juhnke ... 0.15 Uhr, ZDF.

Wie schlimm steht es um uns?

Sowjets mutig — Deutsche feige?

von FALKO ROMMEL

Die Kantinenfrauen der Hammer Bundeswehrkaserne hatten so etwas noch nicht erlebt: Kaum ein Soldat rührte seinen Teller mit knackigem Salat an. Grund: nackte Angst vor dem bißchen Radioaktivität.

Im Fernsehen sehen wir sowjetische Männer, die optimistisch in die Kameras lächeln. Sie arbeiten in Tschernobyl — mutig und mit Todesverachtung.

Deutsche Männer haben die Russen früher das Fürchten gelehrt. Drüben ist Diktatur, bei uns Freiheit. Liegt es daran? Oder sind die Frauen schuld, wie Psychologen meinen?

BLIND-KOMMENTAR

Verantwortungslos

Ihr Kind wacht nachts weinend auf, hat schreckliche Angst. Als Mutter nehmen Sie es in den Arm, versuchen ihm das Gefühl von Sicherheit und Geborgenheit zu geben. Als Mutter wissen Sie instinktiv: Angst ist schlecht für Ihr Kind.

Jetzt haben viele Angst. Auch diese Angst ist schlecht — für die Wirtschaft, für die Sicherheit, für Ihr Kind.

Verantwortungsbewußte Politiker, Wissenschaftler, Praktiker der Energiewirtschaft versuchen, uns diese Angst zu nehmen. Andere — Grüne, Kommunisten, auch Sozialdemokraten — schüren die Angst. Das ist verantwortungslos. Wenn diese Koalition der Angstmacher siegt, wird es dunkel bei uns im Land.



Schmutzig und gefährlich

Das schwarze Gold, unser heimischer Energieträger — das sagt man über die Kohle. Aber Kohlestrom kann tödlich sein.

Verbrennungen, Herzstillstand

Bonn warnt vor Kohlestrom

Das Bundesgesundheitsministerium hat gestern „dringend" vor dem Verbrauch von Kohlestrom gewarnt. Schwerste Verbrennungen erlitt ein fleißiger Handwerker aus Castrop-Rauxel, als er eine Stromleitung nur berührte. Tragödie durch Kohlestrom in einem Hunsrück-Dörfchen. Völlig arglos steckt Monika S. ihren Mikrowellenherd zum Einweichen in die Badewanne. Sekunden später schlägt der Todesstrom zu: Herzstillstand.

Alles über den Todesstrom — weiter Seite 6.

Nach Tschernobyl:

Impotenter kann wieder



Gestern abend im ZDF: Ein Mann legt ein sensationelles Bekenntnis ab. 10 Jahre konnte er mit keiner Frau mehr schlafen. Okasa hatte versagt. Jetzt haben ihn die Gamma-Strahlen aus Tschernobyl wieder hochgebracht.

Frauen kommen langsam, aber gewaltig. Da müssen viele Männer feststellen: nichts geht mehr. Jetzt können sie hoffen.

• **Warum viele Männer wieder hoffen können — Lesen Sie bitte auf Seite 2.**

Kohl macht krank

Hitzige Debatte um Kohl. Unterpflügen oder auf die Giftmülldeponie? Wieviel Kohl können wir vertragen, ohne uns vor Langzeitschäden fürchten zu müssen? Nur eins scheint sicher: Kohl ist ungenießbar, Kohl macht krank. Helmut Kohls sympathisches Lächeln ist auch nicht mehr das, was es mal war. Der erfolgreichste deutsche Kanzler seit Bismarck hat Sorgen. Die Staatsanwälte sind zwar zur Staatsräson gebracht, aber Ronald Reagan hat wegen Libyen „Spielverderber" zu ihm gesagt. Und die Meinungsumfragen sind weit weniger strahlend als Blattgemüse. Viele Menschen in diesem unserem Land fragen beunruhigt: Ist Helmut Kohl, unser Strahlenkanzler, in Wirklichkeit ein Mann mit extrem niedriger Halbwertzeit?

Nachrichten

Gelungen

Cape Caneveral — Nach der Challenger-Katastrophe, nach dem Fehlstart der Europa-Rakete „Ariane" endlich wieder ein Lichtblick für die westliche Raumfahrt. Auf Cape Caneveral gelang es amerikanischen Experten eine Feuerwehrsrakete zu starten. Ein guter Neuanfang.

Angst

Mexiko — Fernsehzuschauer wunderten sich: beim 6:0-Sieg der Sowjets über die Ungarn griff kein ungarischer Spieler die sowjetischen Fußballer an. Nach dem Abpfiff lieferte der ungarische Verteidiger Ferenz Marszyk die Erklärung: „Acht Spieler aus Kiew — wir wollen uns doch nicht verseuchen."